

Academia

Politik. Wirtschaft. Religion. Kultur.

11

Wissenschaft, degradiert
zur reinen Glaubensfrage

20

Ein Nein Roms,
das Fragen aufwirft

26

„Plagiatsjagd“ -
mit Kanonen auf Spatzen?

BEZIEHUNGSSTATUS: ES IST KOMPLIZIERT.

Über Österreichs Verhältnis
zu Wissenschaft und Forschung



Österreichischer Cartellverband
05 | 2023 (September)



**BEZIEHUNGSSTATUS:
ES IST KOMPLIZIERT.**

Yulia — stock.adobe.com

4

**WENIG INTERESSE,
HOHE IGNORANZ**
Wilhelm Ortmayr

8

**„WIR MÜSSEN WIEDER LERNEN,
GESCHICHTEN ZU ERZÄHLEN“**
Wolfram Kreipl

11

**WISSENSCHAFT, DEGRADIERT
ZUR REINEN GLAUBENSFRAGE**
Wilhelm Ortmayr

14

**WISSENSCHAFT IN DEN AUGEN
VON POLITIK UND ÖFFENTLICHKEIT**
M. Mihovilovic, W. Weninger,
H. Danninger

17

**GROSSE FORSCHER,
DIE LEIDER KEINER KENNT**
Wolfram Kreipl

19

**PRÄFASCHISTOIDE
NORMALITÄT**
Herbert Kaspar

20

**„MELIORISIERUNG
STATT FRISS ODER STIRB!“**
Lucas Semmelmeier

24

**WARUM WIR DIE WIRKLICHKEIT
NICHT VERLIEREN DÜRFEN**
Caroline Hungerländer,
Jan Ledóchowski

26

**PLAGIATSJAGD – MIT KANONEN
AUF SPATZEN?**
Stefan Huber

28

**AKADEMISCHE INTEGRITÄT
ALS GESCHÄFTSMODELL?**
Martin Vácha

29

**LEISTUNG UND WOHLSTAND
IM „NEW WORK“?**
Günther Tengel

30

**ÖSTERREICHS WEG IN DEN
AUTORITÄREN „STÄNDESTAAT“**
Gerhard Hartmann

33

REZENSIONEN

34

LESERBRIEFE

Ein Jahr *Academia* um 20 Euro
Das Jahres-Abo im Umfang von sechs Ausgaben kostet nur 20 Euro (im Inland) und kann per E-Mail an academia@oecv.at oder per Telefon unter +43-1-405 16 22 31 bestellt werden. Es genügt auch einfach eine Überweisung des Abonnement-Preises auf das Konto AT11 3200 0002 1014 5050 (*Academia*) unter Angabe der Zustelladresse.

LIEBE LESER!

Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe wurde in der breiteren Öffentlichkeit erstmals 2020/21 im Zuge der sich immer weiter verlängernden Covid-Pandemie diskutiert. Bei genauem Hinsehen hätte man schon damals wissen müssen: Es war gekommen, wie es zu erwarten gewesen war.

Denn die Österreicher (wie auch die Deutschen und, sehr auffällig, die Schweizer) misstrauen der Wissenschaft und Forschung in einem Maß, das für Europa ungewöhnlich ist. Hand in Hand mit dieser Skepsis geht eine latente Fortschritts- und Innovationsablehnung. Auffallend dabei: Die Abkehr von jeglicher Rationalität ist bei vielen Österreichern keine Grundsatzhaltung, sondern eine phasenweise. Sie werden sozusagen themenbezogen befallen. Und dann hat Popper keine Chance mehr

gegen den „gesunden Menschenverstand“.

Wolfram Kreipl (Vi) und ich haben nach Ursachen dieses Befundes gesucht, dabei Interviews mit Fachleuten verschiedener Richtungen geführt und in empirischen Daten bestätigt gefunden, dass die rotweißrote Wissenschaftsskepsis kein junges Phänomen ist. Daher passt es gut, dass die Universitätsprofessoren Herbert Danninger (Nc), Marko Mihovilovic (Rt-D) und Wolfgang Weninger (BbW) ihre grundsätzlichen Gedanken auch an die Politik, die Medien und die Universitäten als sehr maßgebliche Träger von wissenschaftlicher Forschung adressieren.

Unruhige Zeiten sind weiterhin auch dem Kirchenvolk beschieden und mit ihm so manchem Lehrenden, dem Rom die Anerkennung verwehrt. So geschehen an der

Hochschule in Brixen. Eine Kleinigkeit, möchte man meinen, aber doch so beispielhaft, befinden Lucas Semmelmeier (Rt-D) und sein Interviewpartner Gunter Prüller-Jagenteufel, Professor für Katholische Ethik in Wien.

Viel Staub aufgewirbelt hat das Interview mit Plagiatsjäger Stefan Weber (*Academia* 4/2023), der dieser Tage unter großem Mediengetöse sein neues Buch herausbringt. In dieser Ausgabe kommen einige Stimmen zu Wort, die Webers Vorhaltungen wenig abgewinnen können: Stefan Huber (Alln) aus juristischer Sicht, Martin Vácha (Alp) aus dem Blickwinkel eines Universitätsprofessors.

Das Heft zu beschließen obliegt ein weiteres Mal Gerhard Hartmann (Baj et al.), dem profunden Kenner der ÖCV-Historie und der jün-



geren Geschichte Österreichs. Er widmet sich den Schicksalsmonaten vor 90 Jahren, in denen ÖCVer an maßgeblichsten Stellen politisch tätig waren.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)
Chefredakteur

Academia Ausgabe 5/2023 (September).

Medieninhaber: Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV). **Mit der Herausgabe beauftragt:** Chefredakteur Wilhelm Ortmayr. **Redaktion:** Gerhard Jandl, Lucas Semmelmeier, Herbert Kaspar, Gerhard Hartmann, Wolfram Kreipl, Josef Schuster.

Layout: Stephanie Pirker-Seiler. **Verlagsleitung:** Wilhelm Ortmayr. **Redaktionsmanagement:** Clemens Mayer.

Adresse (alle): Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien; +43 1 405 16 22–31; academia@oecv.at; www.academia.or.at.

Reproduktion/Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau.

Fotos/Grafiken (sofern nicht anders angegeben): Academia-Archiv, ÖCV-Archiv, Adobe Stock, Pixabay.

Cover: Adobe Stock. **Verkaufspreis:** EUR 3,00. **Abo:** EUR 20,00/Jahr (Inland, Normalpreis). **Verkaufsstellen:** Wien 8, ÖCV-Sekretariat, Lerchenfelder Straße 14; Wien 15, Trafik Lippa, Mareschgasse 32. Bruck/M.: Trafik Kamper, Herzog-Ernst-Gasse 23. Hartberg: Trafik Denkmeyr, Kirchengasse 6. Innsbruck: Trafik Wacker, Museumsstraße 38; Trafik Sezemsky, Brunecker Straße 1.

Hinweise: Beiträge, die die offizielle Meinung des ÖCV wiedergeben, sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Publikationen stellen nur die persönliche Meinung des Autors dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewährleistung übernommen. Redaktionell abgeschlossen am 7.9.2023.

WENIG INTERESSE, HOHE IGNORANZ

Die Österreicher misstrauen der Wissenschaft deutlich stärker als in Europa üblich und interessieren sich auch weniger dafür. Gut ein Drittel hält Lebenserfahrung und gesunden Hausverstand für wertvoller als faktenbasierte Forschung.

WILHELM ORTMAYR



Eigentlich weiß man es ja schon seit Jahrzehnten: Die Österreicher (so wie ihre deutschsprachigen Nachbarn) hegen ein tiefsitzendes Misstrauen gegen die Wissenschaft und schenken dabei vor allem den Naturwissenschaften wenig Akzeptanz.

Nirgendwo anders in Europa ist die Skepsis gegenüber Impfungen und medizini-

sehen Standardtherapien so groß wie bei uns. Nirgendwo anders feiert die Idee der Homöopathie trotz wissenschaftlich belegter Wirkungslosigkeit derartige Erfolge. Nur in Österreich, Deutschland und der Schweiz finden obskure, ja teils okkulte Vorsorge-, Heil- und Therapiemaßnahmen eine zahlenmäßig beachtliche Anhängerschaft. Auffallend oft findet sich darunter

medizinisches Personal, die Ärzteschaft ausgenommen – sie spricht diesbezüglich gerne von „gefährlichem Halbwissen“.

GERINGERES INTERESSE ALS ANDERE EUROPÄER

Der griffigste Anhaltspunkt für den Status Quo der rotweiß-roten Wissenschafts-Antipathie ist die im September 2021 erschienene jüngste

Ausgabe des Eurobarometers zum Thema Wissenschaft. „European citizens' knowledge and attitudes towards science and technology“ lautet der Titel der umfangreichen Studie.

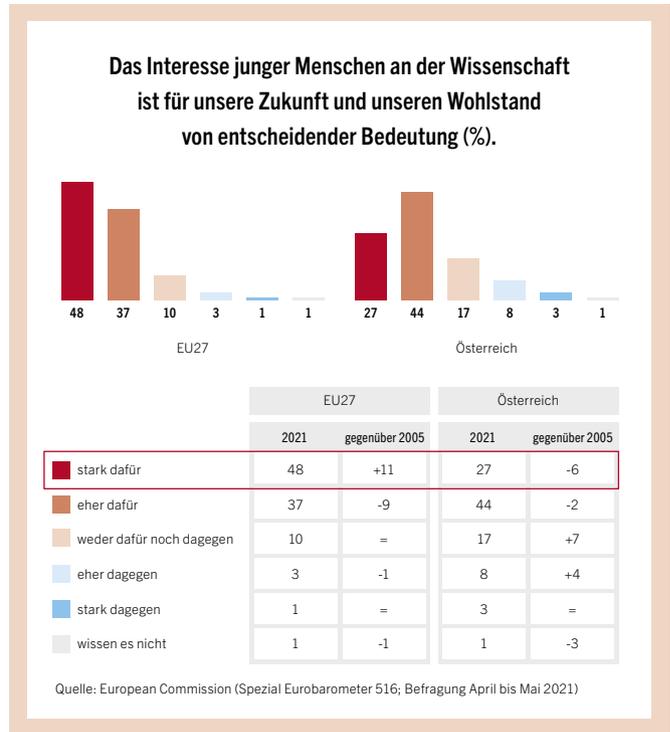
Demnach sind 27 Prozent der Österreicher an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und technologischem Fortschritt interessiert, im EU-Schnitt jedoch 33 Prozent.

Dieses tendenzielle Desinteresse ist geschlechtsunabhängig und zieht sich durch alle Altersgruppen, es gibt aber auffällige Ausreißer beim Bildungsgrad. Während Menschen mit Pflichtschulabschluss ebenso interessiert sind wie der EU-Durchschnitt, liegt die Ignoranz bei Österreichs Maturanten und Akademikern beängstigend höher als bei Europäern gleicher Bildungsstufe.

Themenbezogen zeigen sich die größten Diskrepanzen bei der Nukleartechnologie und der Biotechnologie/Genetik. Bei der Forschung im Bereich Atomenergie befürchten 46 Prozent der EU-Bürger negative oder überwiegend negative Folgen, in

Österreich liegt dieser Prozentsatz bei 66. Bei der Bio- und Gentechnologie lautet das Verhältnis 21 zu 39. Dagegen nimmt sich die Skepsis bei Nanotechnologie (14 zu 25), Gehirnforschung (19 zu 29), Künstlicher Intelligenz (31 zu 42) sowie Windenergie (9 zu 13) noch vergleichsweise harmlos aus.

Falls die Politik als Regulator und Geldgeber für Wissenschaft und Forschung auftritt, soll sie nach dem Willen von zwei Drittel der Österreicher primär nach moralisch-ethischen Grundsätzen entscheiden, nicht nach dem Potenzial für neue Erkenntnisse und Technologien. Europaweit sehen das nur 55 Prozent so.



Das Interesse der Jugend an Wissenschaft und Forschung hält man auch in Österreich für wichtig oder eher wichtig, die Zustimmung ist in Rest-Europa aber deutlicher und nahm zuletzt weiter zu.



UNSERE INDUSTRIE

bringt Fortschritt & Innovation

Fast jeder zweite Euro für Forschung & Entwicklung in Österreich kommt aus der Industrie. Damit entwickelt sie die Technologien von morgen schon heute.



Zukunft gestalten
Industriellenvereinigung

www.iv.at

Heiteres Detail am Rande: Bei der Frage, welche Eigenschaften man Wissenschaftlern zuschreibt (und zwar positiv oder negativ) zeigen die Österreicher an zwei Stellen grobe Ausreißer. Sie halten Forscher zwar in gleichem Ausmaß für „collaborative“ und „altruistic“ wie der EU-Schnitt, konnotieren diese Eigenschaften aber viel öfter negativ. Die wahrscheinlichste Erklärung dafür: mangelnde Englischkenntnisse.

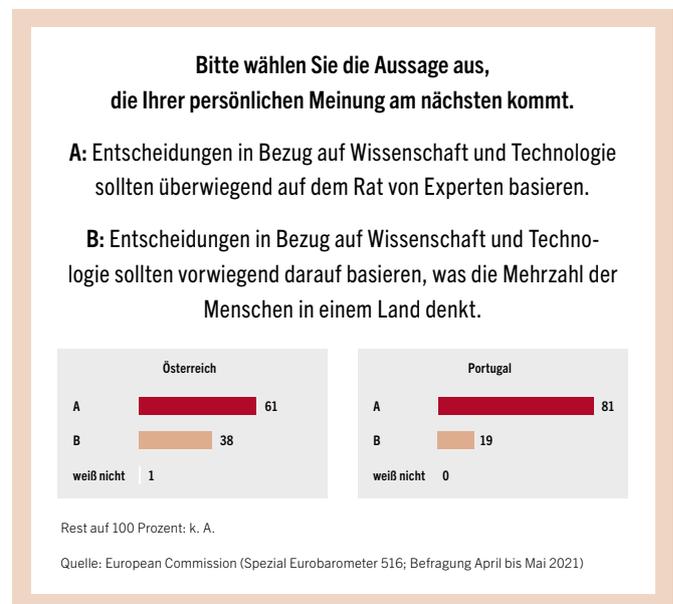
WISSENSCHAFT VERSUS GESUNDEM HAUSVERSTAND

Möglicherweise aufgeschreckt durch den enormen Zulauf zu den Demonstrationen gegen Impfung und Covid-Maßnahmen hat 2022 auch die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) eine Studie erstellt. Markanteste Ergebnisse: Zwar vertrauen 70 Prozent der Wissenschaft und Forschung „voll und ganz“ oder zumindest „eher“ – allerdings hat rund ein Drittel kaum Vertrauen in die Wissenschaft. 37 Prozent verlassen sich lieber auf den „gesunden Menschenverstand“ als auf wissenschaftliche Studien.

Dass Deutschland und die Schweiz bei ähnlichen Umfragen noch schlechter abgeschnitten haben (nur 62 beziehungsweise 59 Prozent vertrauen der Wissenschaft), kann nur ein schwacher Trost sein, es widerlegt aber erneut die These, wonach die Wissenschaftsskepsis

auch eine Langzeitfolge des Nationalsozialismus sei. Dass die Vertreibung eines Gutteils der wissenschaftlichen Elite aus Österreich und Deutschland einen massiven Verlust an Wissenschaftskultur und forschender Expertise bedeutet hat, ist unbestritten – es erklärt aber nicht, warum auch vier von zehn Eidgenossen meinen, der Wissenschaft sei grundsätzlich zu misstrauen.

Durchaus interessant sind im Wissenschaftsbarometer der ÖAW die aus aktuellem Anlass abgefragten wissenschaftsskeptischen Aussagen. So glaubte etwa ein Drittel der Befragten, dass Wissenschaftler mit „Politik und Wirtschaft unter einer Decke stecken“, ebensoviele meinten, man sollte im Zweifelsfall mehr der „Lebens-



Dass die Ergebnisse dieser Befragung fast exakt den Covid-Impfquoten beider Länder gleichen, mag Zufall sein – oder auch nicht.

erfahrung einfacher Menschen“ vertrauen als den Einschätzungen von Wissenschaftlern. Der Ansicht, dass man sich mehr auf den „gesunden Menschenverstand“ verlassen sollte als auf wissenschaftliche Studien,

stimmten sogar 37 Prozent der Befragten zu.

Wenig überraschend verfügen jene Bevölkerungsgruppen, die sich von Wissenschaft und Forschung entfernt haben, tendenziell über weniger Bildung, haben eine gewisse Vorliebe für den sogenannten „starken Mann“, sind parteipolitisch eher rechts oder lehnen Parteien grundsätzlich ab.

Und dennoch stimmen diese Schemata keinesfalls immer denn die Zahlen belegen, dass die Wissenschafts-Ablehnung in Österreich oft keine grundsätzliche ist. Viele, die verärgert in Richtung der Impfgegner geblickt haben und während der Pandemie unbedingt dafür waren, auf die Experten zu hören, verlassen den Boden der wissenschaftlichen Evidenz sofort und ohne Umschweife, wenn es um Gentechnik oder Kernenergie geht.

Vienna Airport Easy Parking



Ihr Premium-Parkservice
direkt am Terminal 3.

Online buchen unter:
viennaairport.com/easyparking

Sie fliegen.
Wir parken.

EASY
PARKING



Jetzt buchen!



„WIR MÜSSEN WIEDER LERNEN, GESCHICHTEN ZU ERZÄHLEN“

Georg Steinhauser ist Radioökologe und Professor an der TU Wien. Im Interview erzählt er der *Academia*, wie es ist, für die eigene wissenschaftliche Meinung verteufelt zu werden – und wie er gelernt hat, wie man damit umgehen kann.

WOLFRAM KREIPL

Großen Studien zufolge ist Österreich eines der Länder mit dem höchsten Anteil an Wissenschaftsskeptikern weltweit. Als Radioökologe haben Sie von dieser Wissenschaftsskepsis sicher schon viel abbekommen, oder?

Ja, ich kenne das Problem. Zum Glück bin ich nie zu Corona befragt worden, das ist sicher noch eine Kategorie schlimmer. Gerne werde ich zu allen Dingen befragt, die mit Radioaktivität zu tun haben, also immer, wenn irgendwo Strahlung frei wird. Ich betrachte mich da selbst eigentlich als nüchtern und versuche, die Dinge sachlich zu vermitteln. Häufig kommt man dann zu dem Schluss, dass die öffentliche Wahrnehmung viel schlimmer als die Realität ist. Gerade bei Radioaktivität, wo eine Freisetzung nicht immer gleich ein Weltuntergang ist, wollen die Menschen das aber oft

gar nicht hören. Da wird man dann als Verharmloser dargestellt. Als ich noch jünger war – damals beim Unfall in Fukushima – habe ich eine Zusammenfassung von 50 Seiten mit allen Mails und Kommentaren zusammengestellt, wo ich zum Teil übelst beschimpft worden bin. Heute passiert das aber schon weniger.

Sie haben ja nicht nur in Österreich geforscht, sondern auch in Amerika. Wie sehen die Reaktionen da im Vergleich aus?

Die drei Jahre, die ich in Amerika war, war ich medial jedenfalls weniger exponiert. Das liegt daran, dass in Österreich die Expertendichte im Nuklearbereich viel geringer ist. Aber auch der Zugang zu meinen Themen ist dort ein viel entspannterer als hier. Das ist schon typisch für Österreich und Deutsch-



land. Ich habe einmal eine Statistik ausgehoben, in welchen Städten der Welt im Jahr 2011, also das Jahr der Katastrophe in Fukushima, das Wort „Fukushima“ am häufigsten gegoogelt wurde. 27 der 30 führenden Orte waren in Österreich und Deutschland. Das lässt sich sicher auch historisch begründen, angefangen in der Romantik mit der „Zurück-zur-Natur“-

Bewegung. Aber das kann es nicht alleine sein, da spielen immer viele Faktoren mit hinein.

Eine oppositionelle Haltung ist ja auch oft einfacher.

Dafür muss man sich nur Verschwörungstheorien anschauen. Da sind Österreich und Deutschland nicht Vorreiter, da kommt viel aus den

USA. Zu jedem Bereich des Lebens stellt irgendjemand eine völlig abstruse Hypothese auf, was da nicht alles dahintersteckt. Teilweise – wie bei dieser „QAnon“-Geschichte – gab es ja dann auch Verschwörungstheorien innerhalb der Verschwörungstheorie. Oder dass Covid so konstruiert wurde, dass es speziell die jüdische Bevölkerung nicht trifft. So vertrottelt kann eine Hypothese gar nicht sein, dass es keine Bewegung dazu gibt.

Da stecken psychologisch ja auch viele Gründe dahinter.

Beispielsweise haben die Leute einfach gerne einen Informationsvorsprung. Man weiß da etwas, was die anderen nicht wissen und kann sich damit mächtig fühlen. Solche Mechanismen sind natürlich extrem attraktiv, weil jeder gerne groß und wichtig ist. Da reichen zwei, drei Halbfakten, egal ob die stimmen oder nicht, und auf einmal ergibt alles einen Sinn. Dann heißt es: „Was? Du glaubst noch an die Mondlandung? Ich weiß da etwas, was du nicht weißt!“, und schon fühlt man sich dem Gegenüber erhaben. Was diese Form der Wissenschaftsskepsis auszeichnet, ist, dass die Hypothese, egal wie abstrus sie ist, nicht hinterfragt wird. Das ist eine komplette Umkehr der Realität, dass einem Youtube-Video mehr vertraut wird als einer zigfach überprüften wissenschaftlichen Arbeit. Wenn man hingegen auf die Wissenschaft vertraut, dann

gilt man schnell als leichtgläubig und wird als „Schlafschaf“ abgestempelt. Und die Wissenschaft hat da auch keine wirkliche Antwort drauf. Wir halten uns an gewisse Regeln, argumentative in diesem Fall, und wenn diese willkürlich gebrochen werden, dann können wir damit nicht umgehen.

Wie wirken sich solche Reaktionen auf die eigene Forschung aus? Forscht man gerne an etwas, wo man das Gefühl bekommt, das „will keiner haben?“

Im Nuklearbereich ist man da sicher betroffen. Mich hat das insofern geprägt, als ich mich irgendwann aus dem Thema Strahlenschutz weitgehend zurückgezogen und damit meine Ausrichtung weniger angreifbar gemacht habe. Das Thema war auch für mich nicht sehr lohnend. Nach Fukushima habe ich viel zum Thema Lebensmittelsicherheit geforscht, meist mit dem Ergebnis, dass es sich um ein akzeptables Risiko handelt. Das war irgendwann auch nicht mehr so reizvoll und ich habe mich zur nuklearen Umweltforensik hin orientiert. Ich versuche jetzt zu verstehen, wie die makroskopische Umwelt auf einer atomaren und molekularen Ebene funktioniert. Da komme ich auch mit der öffentlichen Wahrnehmung besser zurecht, weil ich jetzt Geschichten erzähle, wieso zum Beispiel die Wildschweine so radioaktiv sind. Das war vielleicht auch

mein Ausweg aus diesem externen Druck.

Es wird wohl auch kaum jemand freiwillig negative Reaktionen einfahren.

Das sucht sich, glaube ich, fast niemand aus. Niki Popper von der TU Wien ist da ein großer Held für mich. Er ist ein sehr solider, nüchterner Mathematiker und macht seine Arbeit hervorragend. Er hat mit seinem „Skillset“ der Republik Österreich in der Coronakrise einen unglaublichen Dienst erwiesen – und hat sich das sicher nicht ausgesucht. Er selbst hat in einem Interview gesagt, dass seine Kinder am Schulweg an Laternenpfählen Sticker von ihm am Galgen hängend gesehen haben. Auch ganz aktuell ist das bei Meteorologen in den USA. Sobald sie sagen, ein Extremwetterereignis hänge mit dem Klimawandel zusammen, stehen sie im Fadenkreuz und verlassen teilweise wegen gefährlicher Drohungen ihre Jobs. Ich glaube, es ist gerade ganz schwierig, die Welt zusammenzuhalten – und die Algorithmen in den Sozialen Medien und künstliche Intelligenzen machen das sicher nicht einfacher, wenn jeder in seiner Blase lebt und täglich auf's Neue mit seiner eigenen Meinung bombardiert wird. Natürlich wirken abweichende Meinungen dann sehr abstrus.

Große Proponenten „alternativer“ Meinungen zu Themen der Wissenschaft sind auch oft gerade jene,

die in wissenschaftsnahen Berufen stehen, in der Krankenpflege etwa. Da hört man oft von Pflegekräften, die meinen, von Impfungen bekäme man Autismus oder Entwurmungsmittel helfen gegen Covid.

Sobald jemand annähernd vom Fach erscheint, bekommt dessen Wort eine unfassbare Legitimierung, wogegen der Virologe, der sein ganzes Leben dieser Sache gewidmet hat, natürlich von der Pharmaindustrie gekauft sein muss. Sofort passt alles wieder zusammen und man hat etwas aufgedeckt. Diese wissenschaftsnahen Gruppen sind die, die Öl ins Feuer gießen. Diese Leute müssen sich ihrer besonderen Verantwortung mehr bewusst werden – und sich schlicht auch in Demut üben. Demut vor dem, was ihren eigenen Horizont übersteigt. Aber das gilt generell für alle.

Sieht man das auch daran, welche „Experten“ in den Medien stehen?

Nach Fukushima habe ich eine sehr nüchterne, beruhigende Meinung vertreten und war damit bei weitem nicht alleine. Und dafür bin ich gekreuzigt worden. Denn es gibt immer den einen Physiker, der sagt, das sei viel schlimmer als Tschernobyl. Und der findet Gehör, weil „der ist ja Physiker, der muss sich auskennen“, auch wenn er vielleicht Materialphysiker ist. Da fehlt mir der menschliche Zugang, dass einer, der vielleicht seit 35 Jahren keine

Kernphysik mehr betrieben hat, sich doch eingestehen müsste, dass er sich gar nicht mehr in der Tiefe auskennen kann. Ich habe mein Studium vor 20 Jahren abgeschlossen und organische Chemie habe ich schon so lange nicht mehr betrieben, da habe ich vielleicht noch ein bisschen besseres Allgemeinwissen, doch ein gut vorbereiteter Maturant hat eine gute Chance, mich in diesem Fach in die Tasche zu stecken. Damals hatte ich mit meiner Meinung zu Fukushima letztlich weitgehend recht. Aber ich hoffe von mir selbst, dass ich sonst auch die Einsicht hätte, mir einzugestehen, wenn ich falsch gelegen hätte.

Viele haben diese Einsicht ja nicht.

Das ist auch der Grund, warum ich nur selten Interviewanfragen ablehne. Nicht etwa, weil ich meinen eigenen Namen so gerne in der Zeitung lese. Ich empfinde eine gewisse Grundverantwortung, die Welt nicht den Halbwissenden zu überlassen. Wenn ich es nicht mache, dann macht es vielleicht ein anderer, der sich nicht gut auskennt oder einen ideologischen Spin hat.

Was mich aber gerade bei den „Halbwissenden“, dem wissenschaftsnahen Rand, ärgert, ist, dass sie sich oft nicht eingestehen, dass sie sich im Detail nicht richtig auskennen – nicht richtig auskennen können. Trotzdem sind sie oft am lautesten. Wenn sich jemand gut

auskennt, dann sagt er vorerst vielleicht einmal nichts, wieder lernen, Geschichten zu erzählen. Unsere eigene

„Wenn ich den Leuten erzähle, wie das Cäsium in die Wildschweine kommt, dann sehe ich interessierte Gesichter, die mir zuhören.“

weil er sich der Komplexität des Sachverhalts bewusst ist. Das ist auch der bessere, wissenschaftlichere Ansatz.

Im Zuge der Debatte um Wissenschaftsskepsis hat die Österreichische Akademie der Wissenschaften eine Stelle ins Leben gerufen, bei der sich Forscher Mediens Schulungen, aber auch rechtliche und psychologische Hilfe holen können, wenn sie von Hass aufgrund ihrer medialen Äußerungen betroffen sind. Wie sehen Sie diesen Zugang?

Den Zugang finde ich fantastisch und das ist auch der einzige Ausweg, den wir haben – üben und lernen, wie man Wissenschaft kommuniziert. Wir müssen lernen, einen Sachverhalt so zu beschreiben, dass ihn die Öffentlichkeit versteht. Tatsächlich sind Wissenschaftler ja selbst begeistert von dem, was sie machen. Ich finde es erstaunlich, dass so viele Schwierigkeiten haben, diese Faszination rüberzubringen. Wenn ich den Leuten erzähle, wie das Cäsium in die Wildschweine kommt, dann sehe ich interessierte Gesichter, die mir zuhören. Wir müssen

Faszination kann nicht nur eine mathematische Formel sein, irgendwann hat uns eine Thematik ja menschlich berührt, und diesen Punkt müssen wir wieder finden. Dann lässt sich ja hoffentlich ein bisschen Faszination wecken. Und diese Faszination gibt es ja in uns. Gib einem Kind einen Magneten und es wird zum Forscher. Da ist eine Begeisterung da. Wenn Wissenschaftler es schaffen, ihre Faszination wirklich zu kommunizieren, ist Skepsis kein Thema mehr. Ich denke da an Neil deGrasse Tyson, dessen Videos ich mit Begeisterung schaue; nicht, weil ich Neues über Physik lerne, sondern weil die Art und Weise, wie er das rüberbringt, so spektakulär ist: mit viel Humor und Anknüpfungspunkten, die jeder aus dem Alltag kennt. Da muss man sich ein Vorbild nehmen! Wenn die Wissenschaft es schafft, sich selbst wieder zu öffnen, dann bekommen wir das Vertrauen wieder zurück, das wir viel-

fach verloren haben. Man muss eben die Bevölkerung wieder an Bord holen. Dann gehen die Leute auch nicht sofort in Totalopposition.

Diese Totalopposition beobachtet man ja aktuell bei allen möglichen Themen.

Es gibt keinen Segen, den die Wissenschaft gebracht hat, der nicht von irgendwem verteufelt wird. Impfungen, Fluorid in der Zahnpasta, Jod im Salz. Das sind tolle Errungenschaften, die uns vor schweren Erkrankungen, Karies und vor einem riesigen Kropf bewahren. Natürlich mag es individuelle Umstände geben, die gegen deren Einsatz sprechen, aber im Wesentlichen haben diese Dinge dazu beigetragen, Volkskrankheiten auszulöschen. Trotzdem findet man immer wieder irgendwen, der dagegen ist. Das ist für mich unverständlich. Vielleicht wollen manche Leute auch einfach nur die Welt brennen sehen. Auch das gibt es, leider.

Man wird diese Leute auch nicht dazu bringen, damit aufzuhören. Aber wenn wir ein gewisses Grundvertrauen in die Wissenschaft wieder herstellen können – das ist die Hausaufgabe der Wissenschaft – schaffen wir es vielleicht, dass diese Stimmen in der Bevölkerung weniger Gehör finden.



Prof. Wolfram Kreipl, BEd (Vi)

ist Mittelschullehrer. Er unterrichtet Mathematik, Physik und Informatik.

WISSENSCHAFT, DEGRADIERT ZUR REINEN GLAUBENSFRAGE

Für die Wissenschaft und ihren Stellenwert in der Gesellschaft war die Covid-Pandemie ein grausamer Offenbarungseid. Daran tragen die Experten selbst die geringste Schuld. Eng vor den politischen Karren gespannt war man angesichts der Turbulenz der Ereignisse chancenlos gegen das Unwissen und Desinteresse zu vieler Bürger und Journalisten.

WILHELM ORTMAYR



Wem vertrauen die Österreicher? Dieser Frage geht der „Forschungsverbund Interdisziplinäre Werteforschung“ der Uni Wien in schöner Regelmäßigkeit auf den Grund und die Antwort lautet seit Jahren: dem Bundesheer, der AK und der Polizei. Misstrauen hingegen hegt das Volk gegenüber Politikern und Medien, aber auch Wirtschaftsunter-

nehmen vertraut nur eine Minderheit.

Und der Wissenschaft? Danach wurde bisher (die letzte Studie stammt aus der Vorpandemiezeit) nie gefragt. Das ist insofern bemerkenswert, als man schon seit langem um die Distanziertheit zwischen Wissenschaft/Forschung und Teilen der Bevölkerung wusste. Eine

regelrechte Bruchlinie hat man aber offenbar nie wahrgenommen. Erst durch die Covid-Pandemie und dem damit verbundenen Eintritt des Spannungsfeldes „Wissenschaft und ihre Folgen“ in die tägliche Medienrealität und den politischen Diskurs wurde das Thema relevant.

Nun belegen deutsche Studien erstmals, dass die Co-

vid-Monate und -Jahre Wissenschaft und Forschung einen weiteren massiven Vertrauensverlust beschert haben. Laut Experten ließen sich Rückschlüsse auf Österreich durchaus ziehen – möglicherweise sei der Vertrauenseinbruch hier sogar noch größer als in Deutschland. Dafür spricht etwa, dass Wissenschaftler sprunghaft häufiger als vorher

Opfer von „Hate-Speech“ durch massive Angriffe in den sozialen Medien bis hin zu Morddrohungen via Briefpost werden.

FAKTEN UND ABLEITUNGEN AUS FAKTEN SIND ZWEIERLEI

Die Wiener Politologin und Statistikerin Eva Zeglovits benennt gegenüber der *Academia* den Umstand, „dass grundlegend und ungeniert in Frage gestellt wird, ob man Ergebnisse der Wissenschaft glauben soll oder nicht“, als den „großen Paradigmenwechsel der vergangenen Jahre“ – stark befeuert durch Covid. „Man zieht quasi aus Prinzip in Zweifel, ob Forschungsergebnisse überhaupt stimmen, und hält ihnen meinungsbasiert „alternative facts“ entgegen. Dieses „totale Aufweichen der Grenze zwischen wissenschaftlich basierten Fakten und Meinung“ sei das neue Grundproblem zwischen Bevölkerung und Wissenschaft, sagt die Miteigentümerin des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES) und warnt: „Wenn wissenschaftliche Fakten einerseits und Meinungen andererseits auf eine Ebene gerückt werden, wenn ‚Hausverstand‘ gegenüber wissenschaftlichen Methoden als gleichwertig angesehen wird, dann hat man plötzlich etwas, das so aussieht wie ein Argumentieren auf Augenhöhe.“ Plötzlich könne jeder sagen: „Der Hersteller eines Impfstoffes behauptet, die Substanz hat diese und jene Wirkung, aber ich bin ande-

rer Meinung und habe damit genauso recht.“

Zeglovits vertritt die Auffassung, dass Wissenschaft und Politik diese Misere (zumindest was die Phase der Pandemie betrifft) zum Teil selbst verursacht haben. Denn anders als etwa in Deutschland habe man in Österreich in der großflächigen Kommunikation ständig Fakten mit der Ableitung von Fakten vermischt.

Gut darstellbar ist dies am Setting der Krisenkommunikation in der „heißen“ Phase der Pandemie: In Österreich erklärte die Regierung die Lage stets im Sinne von „das sind die Zahlen und daher müssen wir dies und jenes tun.“ Die Zahlen habe im-

mer der Gesundheitsminister präsentiert, womit laut Zeglovits „jeder wissenschaftliche Inhalt politisch war, schon in der Sekunde, in der er präsentiert wurde. Damit wurde auch jede Maßnahme

stets als alternativlos dargestellt.“ Die Statistikerin nennt auch Beispiele: „Man erklärte, wegen irgendwelcher Zahlen oder Faktoren müssten die Schulen geschlossen werden, kommunizierte aber nie, dass es auch andere Möglichkeiten gegeben hätte – freilich mit völlig anderen Auswirkungen.“ Damit habe die Politik in Österreich jede ihrer Maßnahmen letztlich als „Entscheidung der Wissenschaft“ dargestellt, nicht als Folge einer politischen Abwägung aufgrund mehrerer Szenarien.

Deutschland hingegen inszenierte die Krisenkommunikation anders und setzte auf getrennte Absender. Auf der einen Seite standen die Experten, die die Zahlen so-

lichen Szenarien entschlossen habe – und zu welchen eben nicht.

VÖLLIG AHNUNGSLOS, WIE FORSCHUNG FUNKTIONIERT

Was aus Sicht der Sozialforscherin für die Wissenschaft aber noch viel schlimmer war: Viele Bürger, „von denen viele weder ausreichend rechnen können noch viel Ahnung von wissenschaftlicher Forschung haben“, konnten (oder mussten) erstmals „live“ miterleben, wie Wissenschaft arbeitet.

Erschwerend für die Fachleute kam im Fall Covid dazu, dass das Virus selbst sich ständig veränderte. Das bedeutete: Regeln, die zuvor aufgrund wissenschaftlicher

„Wir sehen, dass die Wissenschaftsfeindlichkeit und die Abkehr vom Rationalismus dort besonders blühen, wo der Bildungsgrad niedrig ist und man wenig davon weiß, wie Wissenschaft funktioniert.“



IFES

wie mögliche Szenarien und Auswirkungen erklärten – auf der anderen Seite verkündeten die Kanzlerin oder der Gesundheitsminister, zu welchen Maßnahmen man sich aufgrund all dieser mög-

Ergebnisse gemacht wurden, galten plötzlich nicht mehr. Sie mussten geändert werden, weil die Forschung genauere Aussagen machen konnte. Für den Bürger am TV-Gerät entstand der Eindruck,

die Wissenschaft tappe im Dunklen und widerspreche sich ständig.

„Jene Menschen, die nicht wussten, wie Wissenschaft abläuft, mussten sich ratlos zurückgelassen fühlen“, betont Zeglovits, denn speziell sie hätten sich von der Wissenschaft innerhalb kurzer Zeit klare und einfache Antworten erwartet. Etwa in dieser Form: „Wenn wir diese und jene Maßnahmen treffen, geschieht in diesem Zeitraum genau das und die Impfung wirkt zu genau so viel Prozent.“

DER GUTE RAT MACHT DIE WISSENSCHAFT ZUM TEIL DER POLITIK

Im politischen Prozess haben Wissenschaftler zwei wichtige Momente der Beteiligung: zunächst bei der Erkennung und Definition eines aufkommenden Problems und etwas später – auf politischen Auftrag hin – bei der Erarbeitung möglicher Handlungsszenarien. In der Praxis kommt es genau in diesem zweiten Moment allerdings fast nie vor, dass die Forscher zur Politik sagen: Hier sind fünf mögliche Maßnahmen samt ihren Auswirkungen – tut damit, was ihr wollt.

Vielmehr, so die Politologin, „fragt die Politik bei der Wissenschaft fast immer nach, an welcher Schraube sie an ihrer Stelle drehen würde. Genau an diesem Punkt aber verschwimmt die Grenze zwischen reiner Expertise und Beratung, denn hier be-

ginnt der Forscher, auch Teil des regierenden Systems zu werden.“

Genau hier setzen auch die Medien an. Die Forschung als „Handlanger der Politik“ war – je länger die Pandemie dauerte – vor allem für den Boulevard ein willkommenes Bild und wurde ebenso hämisch kritisiert wie wissenschaftliche Erkenntnisse, die früheren widersprachen. Auch diverse Pseudo-Wissenschaftler sowie Experten, die von gekränkten Eitelkeiten getrieben waren, hatten Hochkonjunktur. „Teile der Medienwelt zeigten wenig Interesse am Erklären wissenschaftlicher Prozesse, wenig Kenntnis darüber, wie Wissenschaft funktioniert und waren selbst total überfordert – allein was die komplizierten mathematischen Zusammenhänge betrifft“.

Diese Überforderung (nicht nur der Medienschaffenden) hält die Statistikerin für „historisch verwurzelt“ – angesichts des Stellenwerts, den in Österreichs Schulen Sprachen und Geisteswissenschaften und im Gegenzug Mathematik und Naturwissenschaften hätten. „Man erzählt in Österreich fast mit Inbrunst davon, dass man Mathematik nie verstanden habe und bei der Matura (fast) durchgefallen sei, während niemand stolz von sich erzählen würde, kaum Englisch zu können und die Sprache blöd zu finden.“

Bildung und Kommunikation als Heilmittel gegen

**Jetzt informieren
und weiterbilden!**

Die Universität für Weiterbildung Krems ist die führende öffentliche Universität für Weiterbildung in Europa. Mit innovativen Studienprogrammen begleiten wir unsere Studierenden auf ihrem individuellen Karriereweg. 85% unserer Absolvent_innen würden die Universität weiterempfehlen.*

* Quelle: Absolvent_innen-Befragung 2021

info@donau-uni.ac.at | www.donau-uni.ac.at

Universität für
Weiterbildung
Krems

Wissenschaftsskepsis? Für Zeglovits wäre das zumindest ein wichtiger Schritt. „Wir sehen, dass die Wissenschaftsfeindlichkeit und die Abkehr vom Rationalismus dort besonders blühen, wo der Bildungsgrad niedrig ist und man wenig davon weiß, wie Wissenschaft funktioniert.“

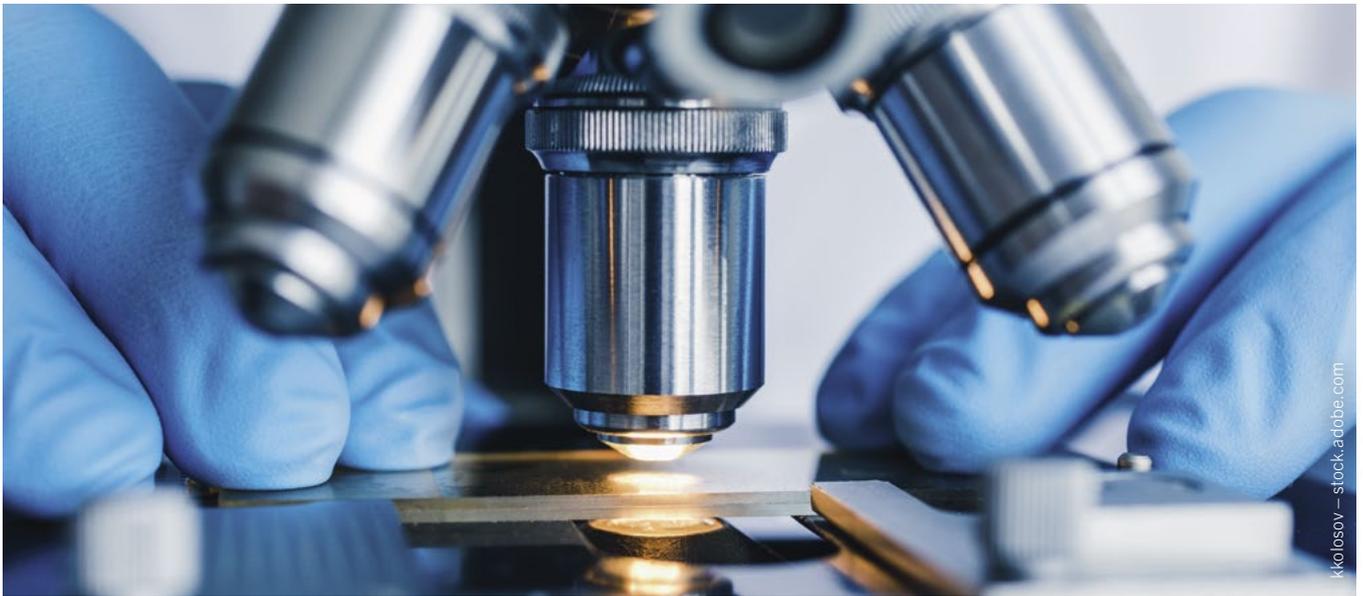
Was Eva Zeglovits außerdem als „bisher nicht dagewesen“ wertet: zum einen die Heftigkeit der Widerstände während der Pandemie – „ein richtiger Boost der Irrationalität“ – und zum anderen das radikale Abwerten von Gebildeten und von Wissenschaft an sich. Diese Stimmung werde strukturell vor allem vom rechten Populismus befeuert.

Andererseits dürfe nicht übersehen werden, wie vielfältig der Mix derer sei, „die sich gegen die Vernunft und gegen die Aufklärung stellen.“ Bei den vielen Demonstrationen gegen Impfpflicht und Covid-Maßnahmen sei es zu einem „unfassbaren“ Schulterchluss zwischen extremsten politischen Antipoden gekommen – „vegane Trommlerinnen von links“ und „identitäre Reichskriegsflaggenträger“ seien fast händchenhaltend marschiert, wundert sich die Politologin. „Diese Menschen steigern sich so sehr in das Irrationale, in den Hass auf das „Establishment“ hinein, dass alle Grenzen verschwimmen. Da wurde in trauter Eintracht mit Leuten demonstriert, bei denen man normalerweise die Straßenseite wechseln würde.“

WISSENSCHAFT IN DEN AUGEN VON POLITIK UND ÖFFENTLICHKEIT

Covid, der Klimawandel, aber auch Gentechnik oder Atomkraft rücken die Wissenschaft immer öfter ins Blickfeld der Politik, der Medien und der breiten Öffentlichkeit. Alle Seiten erwarten von den Forschern schnelle und eindeutige Lösungen, man verlangt „Gewissheit“ wie bei Kochrezepten. Immer wieder neue Erkenntnisse werden hingegen als „Scheitern“ diskrediert, weil die Mehrheit Wissenschaft missversteht.

MARKO MIHOVILOVIC, WOLFGANG WENINGER, HERBERT DANNINGER



Dieses Missverständnis fußt auf Grundlegendem: Wissenschaft liefert keine finalen und unumstößlichen Wahrheiten – das wären Dogmen. Vielmehr ist Wissenschaft ein Prozess, manchmal ein sehr mühsamer, um sich an die Wahrheit heranzutasten, und in diesem Prozess ist es systemimmanent, dass die Erkenntnis

von heute durch die Erkenntnis von morgen zumindest modifiziert, oft auch falsifiziert, wird. Karl Popper hat gesagt, dass das Kriterium der Wissenschaftlichkeit die Kritisierbarkeit ist. Das bedeutet, eine Erkenntnis, die nicht zumindest grundsätzlich falsifizierbar ist, stellt keine wissenschaftliche Erkenntnis dar.

Wissenschaft ist in gewisser Weise immer auch ein Streitgespräch und lebt von unterschiedlichen Meinungen und Interpretationen. Das bedeutet aber auch, dass die Vorstellung und der Wunsch der Öffentlichkeit und besonders der Politik, die Wissenschaft möge ihnen definitiv sagen, was richtig und was falsch ist, ein frommer

Wunsch ist, denn die Wissenschaft kann lediglich sagen, welche Aussagen zum heutigen Wissensstand mit hoher Wahrscheinlichkeit richtig sein dürften. Wenn sich herausstellt, dass diese Aussagen durch neue Erkenntnisse widerlegt oder zumindest mehr oder weniger stark modifiziert werden müssen, dann bedeutet

das nicht, dass „die Wissenschaft versagt hat“, sondern ganz im Gegenteil, dass der wissenschaftliche Prozess funktioniert, weil man Erkenntnis gewonnen hat.

Dieses Grundprinzip der wissenschaftlichen Herangehensweise ist die Voraussetzung für zukünftige Innovationen, denn nur aus dem Anzweifeln der Letztgültigkeit von Aussagen heute entsteht der erfinderische Gedanke für revolutionäre Fortschritte von morgen. Nur so ist auch der exponentielle wissenschaftlich-technologische Fortschritt unserer Gesellschaft über die Jahrzehnte zu erklären, die dis-

ruptiven Entwicklungen sind stets aus dem Hinterfragen eingessener Erkenntnisse hervorgegangen.

Vor diesem Hintergrund führt sich somit auch die für etliche Fachdisziplinen vorgebrachte Einschätzung ad absurdum, dass eine Wissenschaft „vollständig“ sein könne, es somit nichts Neues zu entdecken gäbe (wie Ende des 19. Jahrhunderts etwa über die Biologie geäußert, weil vermeintlich alle Tier- und Pflanzengattungen bereits entdeckt wären). Wissenschaft ist per se dynamisch und somit in der Lage, bislang unbekannte Phänomene rational erfass-

bar und damit verständlich zu machen, um letztendlich mit diesem Wissensgewinn Neues zu entwickeln – damit ergibt sich eine Spirale des Erkenntnisgewinns ohne Endpunkt.

KEIN VERSAGEN, SONDERN EIN GROSSER ERFOLG

Bezüglich Covid-19 muss bedacht werden, dass die Situation auch für die Wissenschaft großteils neu, viele Parameter unbekannt waren und erst erforscht werden mussten. Allein die Tatsache, dass es innerhalb weniger Monate gelungen ist, Impfstoffe herzustellen und die Bevölkerung großflächig

damit zu versorgen, ist ein Ruhmesblatt für die biomedizinische Forschung und Industrie, denn normalerweise dauern solche Entwicklungen sechs bis zehn Jahre.

Dass die Impfstoffe die Pandemie nicht mit einem Schlag beseitigt haben, wie das zunächst vielfach erwartet wurde, ist bei einem so wandlungsfähigen Gegner wie dem Covid-19-Virus nicht wirklich überraschend; zumindest nicht für die Forscher. Es ist vielmehr den unrealistischen Erwartungen geschuldet, die von zahlreichen Journalisten und Politikern vermittelt wurden. Retrospektiv zeigt

REPRESSALIEN GEGEN DIE WISSENSCHAFT – LEIDER AUCH IN ÖSTERREICH



Ein ganz wesentlicher Aspekt für die Wissenschaft ist ihre Freiheit, die in Österreich in der Verfassung garantiert ist. Wissenschaft erfordert, dass die einzelnen Wissenschaftler auf ihrem Fachgebiet ihre Thesen oder Antithesen frei aussprechen können – ohne Angst vor Repressalien. Nur das ermöglicht wissenschaftlichen Fortschritt. Bislang war dies in Österreich eine Selbstverständlichkeit.

Vor wenigen Wochen allerdings wurde der Medizinökonom Ernest Pichlbauer (Aa) von seiner Universität gekündigt, weil er in einer Aussage auf seinem Fachgebiet die Auffassung der Rektoren der öffentlichen Medizinischen Universitäten vertreten, jedoch Kritik am mächtigen Wiener Gesundheitsstadtrat geübt hatte.

Diese Kündigung aus politischen Motiven ist ein ernstes Alarmzeichen dafür, dass die Verfassung auch in Österreich

keine allzu stabile Basis für die Freiheit der Wissenschaft darstellt. Für wissenschaftliche Aussagen, die sich im Rahmen der geltenden Gesetze bewegen, darf es keine Repressalien geben!

Ebenso ist es untragbar, dass wissenschaftliche Vorträge auf universitärem Boden wegen zum Teil gewalttätiger Proteste oder medialer „Shitstorms“ nicht abgehalten werden können, wie das in den USA, aber zunehmend auch in den deutschsprachigen Ländern geschieht. Hier müssten sich Universitäten und Politik hinter die Wissenschaftler und Lehrenden stellen. Ebenso bräuchte es die Solidarität der „Scientific Community“ und das Verständnis der Journalisten, die diese Themen aufgreifen und verbreiten. Gegen wissenschaftliche Aussagen müssen wissenschaftliche Argumente gesetzt werden und nicht Repressalien, Randalen und reißerische Berichte!

sich die Wirkung der Impfung überdeutlich. Man braucht sich nur das Verhältnis Erkrankungen zu Todesfällen in den Jahren 2020 gegenüber 2022 anzuschauen. Die Wissenschaft zu schelten, gleichgültig durch wen, ist hier äußerst unangebracht. Man möge sich nur die einzige davor weltweit erfolgreich durchgeführte Impfkampagne gegen eine globale Pandemie vor Augen führen: der Kampf gegen Pocken mit Einführung einer reproduzierbaren und skalierbaren Impfmethode Anfang des 19. Jahrhunderts dauerte über 150 Jahre. Die Pockenimpfpflicht wurde in Österreich erst 1981 aufgehoben.

Ebenso ist es äußerst fragwürdig, wenn in den Medien in der internationalen Fachwelt anerkannte und durch zahlreiche Fachpublikationen ausgewiesene Wissenschaftler selbsternannten „Experten“ als gleichrangig gegenübergestellt werden. Kein Wunder, dass die Wissenschaftsskepsis bis -feindlichkeit zunimmt, wenn in solcher Weise suggeriert wird, dass jahrelange wissenschaftliche Forschung und daraus gewonnene Expertise offenbar nichts zählen. Das grundlegende Dilemma vieler derartiger Auseinandersetzungen der letzten Jahre liegt häufig in einer ideologischen Herangehensweise unter Ausblendung adäquater Datengrundlagen und Missachtung der Grundprinzipien des wissenschaftlichen Diskurses:

nämlich der Aufstellung von überprüfbareren Hypothesen, die sich experimentell zu bewähren haben.

VERSTÄNDLICH MACHEN, WIE WISSENSCHAFT ARBEITET

Die angesprochenen Probleme haben die Notwendigkeit gezeigt, der Politik und der Öffentlichkeit das Wesen und die Arbeitsweise der Wissenschaft nahezubringen und das Verständnis dafür zu wecken. Vielleicht ist jetzt der richtige Zeitpunkt, da die beiden Problembereiche Pandemie und Klimawandel noch im Bewusstsein haften. Dennoch muss klar sein, dass es zwischen dem wissenschaftlichen Diskurs, der wissenschaftlichen Empfehlung und der politischen Umsetzung sowohl Schnittstellen als auch Unterschiede gibt; die drei Dinge sollten aber nicht vermengt werden.

- Der *wissenschaftliche Diskurs* findet zwischen Personen statt, die auf einem bestimmten Fachgebiet forschen, und ist für Außenstehende oft schwer verständlich, weil das dafür erforderliche Hintergrundwissen nicht vorhanden ist und auch nicht erwartet werden kann.
- Die *wissenschaftliche Empfehlung* beruht auf diesem Diskurs, geht aber bereits in Richtung Umsetzung.
- Die *politische Entscheidung* ist dann Sache der Entscheidungsträger, stützt

sich aber durchaus auf Empfehlungen aus der Wissenschaft. Allerdings ist die Politik gut beraten, unterschiedliche Meinungen einzuholen und nicht nur die, die bequemerweise den eigenen Standpunkt untermauert.

Hier bieten sich die Universitäten als politisch neutrale Zentren des Wissens an. Ihnen kommt die Aufgabe zu, kritisches Denken zu fördern und kontroverse und unpopuläre, aber fachlich kompetente Meinungsäußerungen ihrer Professoren, im Bedarfsfall auch gegen mediale und politische Einflussnahmen oder mediale Verurteilung, zu verteidigen. Erst im Zuge eines fundierten Reflexionsprozesses können Stärken und Schwächen wissenschaftlicher Hypothesen identifiziert und erörtert werden, um letztendlich zur Weiterentwicklung der Thesen beizutragen. Die Universitäten sollten diese Rolle auch proaktiv erfüllen und ihre Kompetenzen gerade in aktuell relevanten Themenstellungen öffentlich, un-

abhängig und emotionsfrei darstellen.

GEFORDERT SIND UNIVERSITÄTEN, POLITIK UND MEDIEN

Zur Relativierung von Wissenschaftsskepsis und -müdigkeit wären daher alle öffentlichen Entscheidungsträger und Meinungsbildner gefordert. Für die Universitäten heißt das, dass sie sich klar als Orte des wissenschaftlichen Diskurses und der unabhängigen Darstellung seiner Ergebnisse positionieren und sowohl ihre Kompetenzen als auch die Arbeitsweise der Wissenschaft der Öffentlichkeit stärker präsentieren. Für Politik und Medien bedeutet das, dass sie verstehen und der Öffentlichkeit auch vermitteln müssen, dass die Wissenschaft kein Automat ist, in den man oben etwas hineinwirft und aus dem unten die fertige Antwort herausfällt, sondern dass wissenschaftliche Arbeit ein Prozess ist, der von Widersprüchen und Fehlversuchen lebt und – so paradox es zunächst klingt – gerade dadurch Fortschritt erzielt.

Marko Mihovilovic (Rt-D)

ist Univ.-Prof. für Bioorganische Synthesechemie an der TU Wien, Dekan der Fakultät für Technische Chemie sowie Co-Vorsitzender des Wiener Universitätszirkels.

Wolfgang Weninger (BbW)

ist Univ.-Prof. für Anatomie an der Medizinischen Universität Wien sowie Co-Vorsitzender des Wiener Universitätszirkels.

Herbert Danning (Nc)

ist Univ.-Prof. i.R. für Chemische Technologie anorganischer Stoffe an der TU Wien sowie ÖCV-Amtsträger für Hochschulpolitik.

GROSSE FORSCHER, DIE LEIDER KEINER KENNT

Österreich hat viele Wissenschaftler, die große Leistungen erbringen und damit Innovationen ermöglichen. Diese Erfolge dringen aber zu selten zur Bevölkerung durch. Das stört Ursula Jakubek, seit 2021 kaufmännische Vizepräsidentin des Wissenschaftsfonds FWF. Dort beschäftigt sie sich mit Förderungen für exzellente Grundlagenforschung und auch damit, wie Wissenschaft und Forschung von der Gesellschaft wahrgenommen werden.

WOLFRAM KREIPL

Die Geschäftsstelle des Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) befindet sich im Gebäude der historischen Postsparkasse im ersten Wiener Bezirk und damit im selben Haus wie andere Wissenschaftsorganisationen (ÖAW – Österreichische Akademie der Wissenschaften, Universität für Angewandte Kunst). Ein neuer Ort für Wissenschaft und Forschung im Herzen Wiens entsteht hier in Otto Wagners Architekturjuwel.

Ursula Jakubek war von 2016 bis 2021 Direktorin für Finanzen und Personal bei der ÖAW und wechselte 2021 als kaufmännische Vizepräsidentin zum FWF.

In ihrem Büro hängt prominent ein Bild, das sie bei der Vertragsunterzeichnung für eine größere private Spende für Österreichs klimarelevante Forschungsprojekte

zeigt. Mit Spenden wie diesen – aber vor allem mit Geldern des Bundes – fördert der FWF Grundlagenforschung in Österreich. Aktuell beträgt die Investitionssumme rund 280 Millionen Euro pro Jahr für Projekte an Universitäten und außeruniversitären Forschungsstätten, dazu kommen künftig auch die neuen großen Exzellenzcluster.

Mehr Geld wäre laut Jakubek aber trotzdem notwendig: „Projekte im Umfang von rund 80 Millionen Euro sind ‚approved but not funded‘, also für sehr gut befunden, aber können mangels Budgets nicht realisiert werden. Das ist auch eine große Herausforderung für die Forschenden, da Österreich hier sein Potential nicht ausschöpft – gerade bei den jungen, aufstrebenden Talenten. Wir fördern aktuell rund 5000 Personen in ganz Österreich, zwei Drittel davon sind jünger als 35 Jah-



re, knapp die Hälfte davon Frauen. Gerade in der Nachwuchs- und Frauenförderung zeigen die FWF-Programme ihre Wirkung. Es gibt nichts Spannenderes als an Fragen zu forschen, an die sich noch niemand zuvor herangewagt hat. Unser Ziel muss es sein, in Österreich das gesamte Innovationpotential der Grundlagenforschung auszuschöpfen, dann sind noch weitere Nobelpreise möglich.“

Apropos Nobelpreis: Anton Zeilinger, der sich einen unbürokratischeren und einfacheren Zugang zu Förderungen für Grundlagenforschung wünscht, stimmt Jakubek nur bedingt zu: „Es war früher ganz sicher weniger Wettbewerb um die Drittmittel in der Grundlagenforschung, immerhin gab es auch viel weniger Anträge. Aber heute geht es darum, bei der Antragsstellung die

wissenschaftliche Exzellenz jedes einzelnen Projekts genau zu prüfen, um besonders vielversprechende Ideen fördern zu können. Wir müssen der Öffentlichkeit erklären können, was mit dem Geld passiert. Bei der hohen Zahl an Bewerbungen sind standardisierte und transparente Verfahren notwendig. Dafür gibt es nach erfolgter Bewilligung viel Freiheit für die Forschung.“

DER ELFENBEINTURM IST LÄNGST GESCHICHTE

Die hohe Zahl an Antragstellungen ist für die studierte Betriebswirtin freilich nicht nur eine Folge statistischer Effekte. Sie ist überzeugt, dass auch die Strategien zum Wissenstransfer und zur Wissenschaftskommunikation wirken: „Aus unserer Sicht funktioniert das immer besser, viele Wissenschaftsorganisationen legen immer mehr Wert auf Vermittlung und Dialog.“ Denn wenn gleich der Fokus des FWF in der Förderung von exzellenter Forschung liegt, widmet man sich doch sehr intensiv

der Wissenschaftskommunikation. „Wir betreiben mit „scilog“ ein eigenes Online-Magazin, haben Publikumsveranstaltungen wie das Talkformat ‚Was die Welt zusammenhält‘ oder die ‚Am Puls‘-Wissenschaftstalks auf Theaterbühnen in ganz Österreich und bespielen diverse Social-Media-Kanäle. Wissenschaft ist schon lange kein Elfenbeinturm mehr, auch nicht für die Jugend. Die Menschen sind interessiert, wenn man spannende Themen und Wege findet. Und das ist auch das Wesentliche: den Menschen zuhören und Zugänge zu Wissenschaft und Forschung geben.“

Die größte Herausforderung dabei, das ist Jakubek bewusst, heißt Niederschwelligkeit. „Wir wollen die Alltagsrelevanz der Wissenschaft wieder in den Vordergrund setzen – und das mit möglichst niedriger Hürde: Die wirkliche Herausforderung für alle in der Wissenschaft tätigen Organisationen ist es, Leute zu interessieren, die nicht aus wissenschaftsaffinen Bereichen kommen.

Sie dort abzuholen und für Themen zu interessieren, die uns alle betreffen, ist für die oft abstrakte Grundlagenforschung schwierig, aber nicht unmöglich“, ist Jakubek überzeugt. „Die Menschen sollen erfahren, dass Wissenschaft uns allen nützt und wir so Fortschritt und Wohlstand sichern. Wir rücken daher auch die Forschenden und ihre Lösungen in den Vordergrund, beispielsweise über kurze Videoportraits in den sozialen Medien. Damit wollen wir den Wissenschaftlern eine zusätzliche Bühne geben und allen zeigen, wer sie sind und was sie gemacht haben. Dann sagen die Seher: ‚Aha, spannend, wie kommt die dazu?‘ Viele wissenschaftliche Errungenschaften lassen sich gut in Film und Bild erzählen. Das sehen sich dann junge Menschen auch an.“

Der Beitrag der etablierten Medienlandschaft für die Verankerung von Wissenschaft und Forschung im öffentlichen Bewusstsein ist derzeit leider gering. Und er wird staatlicherseits auch nicht eingefordert, etwa durch gezielte Medienförderung. Das bedauert die FWF-Vizepräsidentin: „Wir haben in Österreich keine großen Bodenschätze, wir können kein Öl fördern, aber wir haben sehr viele innovative und kreative Menschen,



die viele tolle Dinge erfinden und entdecken – denken Sie nur an Medizin oder Technik, aber auch beispielsweise an Geschichte und Archäologie. Gut ausgestattete Wissenschaftsredaktionen und ausreichend Platz für Inhalte aus der Wissenschaft wären wünschenswert. Es gibt einen eigenen Sportkanal, aber Forschung findet kaum Platz. Da fehlt etwas.“

Als ich Frau Jakubek zuletzt frage, wie es denn sein kann, dass ich als Mittelschullehrer für Physik vor meiner Recherche noch nie vom FWF gehört habe, ist sie zuerst eine Sekunde sprachlos, zeigt sich dann aber optimistisch: „In erster Linie sind wir für die Forschenden da, die kennen unsere Förderungen sehr, sehr gut. Und wichtig ist, dass sie und ihre Leistungen für die Gesellschaft und den Standort bekannt sind. Wenn wir als FWF dann erst an zweiter Stelle kommen, ist das auch ok, aber wir arbeiten daran, dass sich auch das ändert.“



Prof. Wolfram Kreipl, BEd (Vi)

ist Mittelschullehrer. Er unterrichtet Mathematik, Physik und Informatik.



HERBERT KASPAR

PRÄFASCHISTOIDE NORMALITÄT

Das Niveau des politischen Diskurses im heurigen Sommerloch war niedrig wie noch nie, was für den kommenden Wahlkampf nichts Gutes erwarten lässt. Aber immerhin wissen wir jetzt, dass es für Werner Kogler „präfaschistoid“ ist, wenn etwa die niederösterreichische Landeshauptfrau die Anliegen der „normaldenkenden Menschen“ in den Fokus rückt. Die Faschismuskeule ist ja nach wie vor ein beliebtes Totschlag-Argument, Andersdenkende zu diskriminieren und ihnen die Diskussionswürdigkeit abzusprechen. Das ist nicht nur niederträchtig und intolerant, sondern auch dumm, weil es den tatsächlichen Faschismus und seine Verbrechen krass verharmlost. Und es zeigt von schlechten Manieren, denn entschuldigt hat sich der Grünen-Chef für diese Entgleisung natürlich nicht. Dafür belegt die Causa deutlich die enorme Nervosität der Grünen. Es dämmert ihnen schon, dass sie in der nächsten Regierung wohl nicht mehr vertreten sein werden. Das kann aggressiv machen.

Denn: Egal wann wir zur Urne gerufen werden – die realistischen Koalitionsvarianten werden danach nicht sehr zahlreich sein. Der Wunschtraum des Feuilletons nach einer „Ampel“ aus SPÖ, Grünen und Neos wird sich wohl rechnerisch (wieder) nicht ausgehen, da alle drei Parteien im gleichen Teich fischen, und dass (Babler-)SPÖ und FPÖ koalieren werden, scheint ebenfalls unwahrscheinlich. Bleibt als Fazit, dass es wohl ohne ÖVP keine Regierung geben wird.

Diesbezüglich kommen durchaus unterschiedliche Erinnerungen hoch über die SPÖ/ÖVP-Regierungen von 2006 bis 2017, als die ÖVP als Juniorpartner immer wieder SPÖ-Forderungen nachgab und damit eigene Grundsätze preisgab: von der Einführung (und späteren Erhöhung) der Wertpapier-KESt ohne Spekulationsfrist bis zum sündteuren und eigentlich gescheiterten Experiment der (Neuen) Mittelschule.

Bleibt also die Frage, mit welcher ÖVP wir es 2024 zu tun haben werden. Wenn es nach „Standard“ & Co. geht, dann sollte die ÖVP „mehr christlich-sozial“ sein (Es erstaunt mich immer wieder, wie sehr gerade die professionellen Heuchler, die mit Christentum oder Religion aber schon gar nichts am Hut haben, immer wieder hier „gute“ Ratschläge geben!). Auch habe die ÖVP einen „Empathiemangel“, wenn sie etwa „Klimaaktivisten“ nicht sympathisch findet und sie sollte ihr Sensorium für Randgruppen schärfen und stärker auf die Bedürfnisse etwa der LGBT-Community eingehen. Kurzum, die ÖVP soll sich – wie in den Faymann-Jahren – wieder einem bestimmten Zeitgeist anbieten.

Wie wir alle wissen, hat das nicht funktioniert, weshalb man in der Lichtenfelsgasse wieder auf Mainstream setzt,

auf die „große, schweigende Mehrheit“ der „Normaldenkenden“, wo „common sense“ und Leistungswille zu Hause sind.

Diese Sehnsucht nach „Normalität“ unterstreichen auch zwei aktuelle Jugendstudien, wonach die Zukunftswünsche der Jugendlichen (von 16 bis 29 Jahren) wenig randständig klingen: Leben in einem Eigenheim, Leben am Land mit Ehemann/-frau und zwei Kindern. Wichtig sind den Jungen: Gesundheit, sicherer Job, Zeit für persönliche Interessen, gute Freunde sowie gutes Verständnis mit den Eltern. Dass 62 Prozent daran denken, einen „Verbrenner“ (!) zu kaufen, sollte der Politik zu denken geben. Parteien, die auf diese „stinknormalen“ Themen setzen, werden wohl so falsch nicht liegen. Auch wenn sie für Herrn Kogler präfaschistoid sind.

Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am)

war von 2001 bis 2013 Herausgeber und von 2013 bis 2015
Chefredakteur der Academia.

„MELIORISIERUNG STATT FRISS ODER STIRB!“

Die Kalenderwoche 26 hielt für kritisch-loyale Glieder der Kirche eine neue Konvergenz von Herausforderungen bereit. Am Montag legte der Vatikan ein Messformular für Keuschheit vor. Am Dienstag wurde bekannt, dass Rom sich gegen die Wahl von Martin Lintner (AI) zum neuen Dekan in Brixen stellt. Am Samstag nahm der Leiter des Bildungshauses St. Hippolyt seinen Abschied. Um Einordnung bat *Academia* Gunter Prüller-Jagenteufel, Professor am Institut für Theologische Ethik der Katholischen Fakultät der Universität Wien.

LUCAS SEMMELMEYER



Herr Professor, beginnen wir mit einer Aktualität: Martin Lintner (AI), Ordinarius für Moraltheologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Brixen, wurde vom Kollegium zum Dekan gewählt. Ivo Muser, der Ortsbischof, hat der Wahl zugestimmt. Die zu befassenden römischen Dikasterien allerdings nicht.

Wie wird es in diesem Fall weitergehen? Ist der aktuelle Wechsel an der Spitze der Kongregation für die Glaubenslehre relevant?

Also auf letzteres hin gesagt glaube ich schon. Es gab 2018 einen ähnlichen Fall in Frankfurt, Sankt Georgen, wo Professor Wucherpfenig nach zwei Amtsperioden

zum Rektor wiedergewählt worden ist. Gleichsam aus heiterem Himmel hat das Dikasterium für die Kultur und die Bildung das „Nihil obstat“ verweigert. Die Behörde prüft die wissenschaftliche Qualifikation und erfragt beim Dikasterium für die Glaubenslehre, ob es Vorbehalte gibt. Erfahrungsgemäß liegen die Probleme meistens

dort. Wie man hört, wurde im aktuellen Fall dem Ortsbischof bekannt gegeben, dass einige Schriften Lintners zur Sexualmoral als fragwürdig angesehen wurden. Das ist unbefriedigend, weil intransparent. Man weiß nie, woran es jetzt genau liegt, weil es keine Begründungspflichten gibt. Man muss dann zwischen den Zeilen lesen.

Ambiguität kann ja, wenn man den Prozess selbst gestaltet, auch ein Machtinstrument sein.

Das ist so. Ich kann von einem Gespräch unserer Fakultätsleitung in der Glaubenskongregation 2009 berichten. Der Sachbearbeiter sagte uns, die Behörde hätte unter Johannes Paul II. ihre Ausrichtung insofern geändert, als man früher die Leitplanken gezogen hat: Alles, was innerhalb war, war in Ordnung, ansonsten wurde reagiert. Jetzt sieht man sich eher als eine Institution, die positiv die Richtung vorgibt, wie bei der Mittellinie einer Straße. Die Theologen müssen darauf achten, dass sie sich nicht zu weit entfernen. Wir haben gesagt, dass das aber schwierig sei, weil man dann nicht weiß, wie weit dann zu weit ist.

Man kann einwenden, das fordert Reflexion und Eigenverantwortung ein und da wird man gerade im Bereich der Theologischen Ethik gut damit zurechtkommen.

Ein Recht, das den Namen verdient, muss eines sein, wo

klar ist, ab wann eine Übertretung vorliegt.

Lintner schreibt in einer Stellungnahme selbst, die Entscheidung habe ihn überrascht. Kennen Sie seine Arbeit? Gibt es bei ihm randständige, sehr progressive Positionen, oder vertritt er den Wissensstand und Konsens der Forschung?

Ich kenne das Werk, ich kenne den Mann. [Prüller-Jagenteufel legt ein Buch vor: „Den Eros entgiften: Plädoyer für eine tragfähige Sexualmoral und Beziehungsethik“, Innsbruck 2012]. Das Buch ist entstanden aus einer Serie von Beiträgen in der Südtiroler Kirchenzeitung, in denen Lintner versucht hat, die kirchliche Lehre darzulegen – und zwar durchaus mit Anfragen. Schon diese wurden in Rom angezeigt. Dort war man dann ‚not amused‘, dass daraus ein Buch geworden ist: Erstens die Infragestellung des ausnahmslosen Verbots der Empfängnisverhütung – wobei Lintner sich hier nicht weiter vorwagt als jene zirka vierzig Bischofskonferenzen, die sich bereits 1968 um eine pastoral orientierte Anwendung von „Humanae Vitae“



2023 Universität Wien

Nähere Information zu Person und Forschung von **Professor Prüller-Jagenteufel** findet man auf der Fakultätshomepage: <https://st-theoethik-ktf.univie.ac.at/ueber-uns/team/prueller-jagenteufel-gunter>



bemüht haben (Stichwort: Mariatroster Erklärung). Mit Amoris laetitia gibt Papst Franziskus nichts Normatives dazu, sondern empfiehlt die natürliche Empfängnisregelung als die Beste der Methoden und man solle Paare dazu ermutigen. Das klingt ganz anders eine Rede von schwerer Sünde gegen die Natur, wie man das von Johannes

Paul II. gehört hat. Zweiter Punkt ist, dass Lintner eine pastoral offenere Position gegenüber gleichgeschlechtlich Liebenden einnimmt, indem er auf Ergebnisse der Medizin, Psychologie, der Humanwissenschaften zurückgreift, die in der kirchlichen Tradition, man kann es nicht anders sagen, geflissentlich ignoriert werden.

Ihr NOTAR in Ihrer Nähe bietet mit seiner NOTARTREUHANDBANK AG bewährte QUALITÄT und SICHERHEIT

Unsere Vorteile:

- Sicherheit für den Klienten
- Sicherheit für die notarielle Abwicklung
- Hohe EDV-Sicherheit

Das Vertrauen geht auf unser Konto

www.notar.at

Gleichzeitig beklagt man aber, dass man in relevanten intellektuellen, interdisziplinären Diskursen kein Stakeholder mehr ist.

Ja, Papst Franziskus versucht die notorische Selbstghettoisierung der Kirche zu beenden; etwa durch eine Öffnung der verschiedenen Päpstlichen Akademien, teilweise zum Zorn mancher Kreise. Dort sind nun auch Menschen, die nicht im engeren Sinn die katholische Lehre vertreten. Die Päpstlichen Akademien waren aber immer für den Dialog mit den Wissenschaften da.

In der Gesamtbetrachtung: Ich empfinde es eigentlich nicht als übergriffig, wenn man seine eigene katholische Position darstellt, sie positiv systematisch entfaltet, wie das Papst Benedikt getan hat: Wie stelle ich mir einen ethisch gelungenen Lebensentwurf vor, als Christ, unter dem Vorzeichen österlicher Hoffnung? Was ich aber nicht begreife, ist die Weigerung, Lebensrealitäten in Bedacht zu nehmen und wirklich in Dialog zu treten, offen und mutig.

Das ist eben das, was Martin Lintner versucht und was in der deutschsprachigen Moraltheologie immer wieder betont wurde: dass man Zielgebote nicht mit Normerfüllungsgeboten gleichsetzen darf. Was Johannes Paul II. in der Theologie des Leibes vorlegt, ist ein Entwurf, der positive Ziele vorgibt, die man diskutieren soll. Ein wesent-

licher Aspekt, auf den Papst Franziskus viel Wert legt, ist der Grundsatz Jesu: Nicht die Gesunden brauchen den Arzt, sondern die Kranken. Barmherzigkeit bedeutet, dass man, wie Sie gesagt haben, auf die konkreten Lebensrealitäten der Menschen achtet. Die Praktische Theologie spricht von ‚Meliorisierung‘, also Besserung und sagt nicht: „Das ist unsere Norm; friss, Vogel, oder stirb.“

Lintner selbst bat nach eigener Darstellung seinen Bischof ausdrücklich, keinen Rekurs gegen die vatikanische Entscheidung einzulegen. Es sei ihm „ein Anliegen, weder meine Hochschule noch mich selbst einem möglicherweise langwierigen und nervenaufreibenden Verfahren auszusetzen.“

Das ist verständlich, aber auch kein Beitrag zur Transparenz. Warum aufgeben? Was täten Sie an seiner statt?

Das ist eine ganz schwierige Frage, weil die Kirche auch ein System ist, wo Einzelpersonen grundsätzlich als Vertreter von Institutionen wahrgenommen werden. Es ist typisch, dass kein einziges Wort mit ihm persönlich gewechselt wurde. Das ist ein Denken, das wenig person-, und sehr rollenbezogen ist. Trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen, menscht es umso mehr in den Strukturen. Das heißt, es hat auch nicht ein bestimmter Mitarbeiter etwas gesagt, sondern ‚die Glaubenskongregation‘ oder – wie es dann in den Medien kommt: „Rom“, oder

„der Vatikan“. Da geht es dann also nicht nur um Lintner, sondern um das Verhältnis zwischen der Hochschule Brixen und dem Vatikan. Wenn Lintner also sagt, meine Person ist nicht so wichtig, dass ich Verwerfungen zwischen diesen beiden Instituti-

Das grundsätzliche Problem scheint mir jedoch das systemische Misstrauen gegenüber dem Ortsbischof zu sein. Denn wenn dieser die Wahl begrüßt und Rom dann verweigert, kann ich das nicht anders lesen, denn als Ausdruck des Misstrauens.

„Das grundsätzliche Problem scheint mir jedoch das systemische Misstrauen gegenüber dem Ortsbischof zu sein. Denn wenn dieser die Wahl begrüßt und Rom dann verweigert, kann ich das nicht anders lesen, denn als Ausdruck des Misstrauens.“

onen riskieren möchte, dann ist das sehr verständlich. Bei Professor Wucherpfennig in Frankfurt war das insofern anders, als hinter ihm der Jesuitenorden steht und die Vermutung nahe liegt, dass die Jesuiten interveniert haben, womöglich an höchster Stelle. Schließlich wurde das „Nihil obstat“ ganz sang- und klanglos doch erteilt. Auch ohne jede Begründung. Lintner steht innerhalb der deutschsprachigen Community eher auf der vorsichtigen Seite – da gibt es Andere, die viel grundsätzlicher die Lehre reflektieren. Sein Buch ist aber nicht für Fachtheologen, sondern für die normal gebildete christliche Leserschaft gedacht und möglicherweise ist auch deshalb die Empfindlichkeit in Rom so groß.

Das ist eine alte Bruchlinie in der Kirche, jene zwischen ‚Zentralstelle‘ und Ortskirchen. Man denkt doch, dass in dieser Frage durch den Papst selbst das Ruder eindeutig umgelegt wurde, in Richtung Subsidiarität und Aufwertung der Ortskirchen.

Ja, zuletzt auch im Ernennungsbrief für den neuen Chef des Dikasteriums für die Glaubenslehre, des Argentiniers Victor Fernandez. Der Papst will von ihrem neuen Chef nun, dass sie die Theologie fördert und begleitet, positive „Incentives“ setzt, eine Qualitätskontrolle der Theologie durchführt.

Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus dem Fall Lintner für das Prozedere?

Zunächst muss es transparenter werden, wobei man das mit dem Schutz der Persönlichkeitsrechte abwägen muss. Wenn sich die Vorbehalte auf die Lehre beziehen, dann nicht aufgrund von Denunziationen, sondern von Publikationen und öffentlichen Äußerungen. Weiters müssten rechtliche Standards eingehalten werden, die heute in der säkularen Gesellschaft gelten. Das Recht auf Stellungnahme im Verfahren, die Möglichkeit der Replik auf die Anzeigenden. Es ist schwer verständlich, dass Menschen mit geringer oder keiner theologischen Bildung den Katechismus zur Hand nehmen und dann eine anonyme Anzeige schreiben, aber niemand nachfragt, ob die Aussage richtig verstanden wurde, in ihrem Kontext und unverkürzt.

Wir sprechen von der Gefahr einer Sprache, die nicht verstanden wird. Könnte ein konkretes Beispiel hierfür auch das neue Messformular zur Keuschheit sein?

Grundsätzlich besteht die Gefahr, dass wir Sonderzirkel bedienen. Wie konnte es so weit kommen, dass unter den evangelischen Räten die Keuschheit beinahe allein übrigblieb? Beim Gehorsam sprechen wir nur mehr von der Loyalität gegenüber dem Lehramt, aber nicht vom Aufeinander-Hören, wie das noch beim Hl. Benedikt im Fokus war. Wenn man über die Option für die Armen spricht, dann gehört man zum linken Spektrum. Wir

müssen die evangelischen Räte nicht nur in eine Sprache der Gegenwart übersetzen, sondern auch in eine Lebensform, die den Menschen von heute etwas sagt. Ich fürchte, dass Nietzsche nicht ganz unrecht hat, wenn er salopp das Christentum als Platonismus fürs Volk bezeichnet hat. Das muss überwunden werden. Die Kirchenväter haben auf der Höhe der Philosophie ihrer Zeit dem Christentum einen Ausdruck geschaffen. Damals geschah das sehr schichtspezifisch. Heute kann jeder lesen. Umso mehr muss ich heute auf der Höhe der philosophischen Diskurse der Zeit sein, um das Christentum auszudrücken.

Kommen wir zum Zustand der theologischen Fakultäten in Österreich: Die Studentenzahlen sinken. Welche beruflichen Perspektiven würden Sie Studieninteressierten heute nennen?

Die pastoralen und schulischen Berufe brauchen wir weiterhin, auch Religionslehrer und Pastorales Personal. Wer am Glauben und an der Arbeit mit Menschen Freude hat, ist mit einem Theologiestudium gut bedient. Die sinkenden Studentenzahlen sind kirchlich hausgemacht. Es ist nicht so, dass wir Uninteressantes bieten, sondern dass aufgrund dessen, wie junge Menschen heute Kirche und Religion erleben, das Interesse nicht sehr groß ist. Gleichzeitig haben wir es mit einer Elterngeneration



KYKLADEN – „Inseln des Lichts“

10-tägige Studienreise mit ÖCV-Reisen und Dr. Helmut Zehmann vom 5. bis 14.5.2024

Die Kykladen verkörpern das Idealbild einer griechischen Insel schlechthin – in strahlendes Licht getauchte, bergige Eilande mit lebhaften Häfen, herrlichen Sandstränden und traditionellen Dörfern. **Paros, Antiparos, Despotiko, Santorin, Delos, Mykonos und Naxos:** jede Insel ist auf ihre Art einzigartig: spröde und karg die einen, bunt und überwältigend die anderen.

Informationen und Anmeldung: Dr. Helmut Zehmann (Am)
Tel.: 0676/3045855, helmut.zehmann@aon.at



BIBLISCHE REISEN GMBH

Stiftsplatz 8, 3400 Klosterneuburg
Tel. 02243/35377-0, info@biblische-reisen.at
www.biblische-reisen.at

zu tun, wo religiöse Bildung in den Familien nicht mehr wichtig ist. Dann wird es mit der Glaubensweitergabe schwierig. Die Aufgabe einer theologischen Fakultät – außer der wissenschaftlichen Bildungsaufgabe – ist, sich in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Hier wäre es wünschenswert, wenn die Fakultäten und die Kirchenleitung eine intensivere Kooperation eingehen würden, um breit in die Gesellschaft hineinwirken zu können.

Ein bedeutendes Forum hierfür ist das Hippolyt-Haus

in St. Pölten. Wie man hört, soll dieses nun seitens der Diözese aufgegeben werden. Wie ordnen Sie das in Bezug auf ihren gerade geäußerten Wunsch ein?

Zu St. Pölten, habe ich mir vorgenommen, sage ich nichts. Mein Schwiegervater war dort Gründungsdirektor. Ich weiß nur, dass in den letzten 60 Jahren das Hippolyt-Haus Großartiges für die Erwachsenenbildung geleistet hat – und wenn es ersatzlos wegfiel, dann wäre das ein großer Schaden für die Diözese und darüber hinaus.



Mag. Lucas Semmelmeier (Rt-D)

*ist Theologe, Religionspädagoge und Ethiker.
Diplomarbeit zur Religionsschrift Immanuel Kants.
Er lebt und lehrt in Wien.*



CAROLINE HUNGERLÄNDER



JAN LEDÓCHOWSKI

WARUM WIR DIE WIRKLICHKEIT NICHT VERLIEREN DÜRFEN

Die spitzen Federn waren schnell gezückt:
Die Wiener Volkspartei hatte sich erdreistet, gegen den
Marxismus Stellung zu beziehen und erntete postwendend
die Kritik des Meinungs- und Haltungsjournalismus.
Dabei bestehen gute Gründe zur Wachsamkeit.

Die spitzen Federn waren schnell gezückt: Die Wiener Volkspartei hatte sich erdreistet, gegen Marxismus Stellung zu beziehen und erntete postwendend die Kritik des Meinungs- und Haltungsjournalismus. Dabei bestehen gute Gründe zur Wachsamkeit.

Vielleicht war der Grund des kolumnistischen Aufschreies schlichtweg pure Übertreibung – über eine weltanschauliche Positionierung der Wiener Volkspartei. Man könnte es fast verstehen. Doch vermutlich ging es um mehr – und tatsächlich offenbart ein Blick unter die Lack-schicht der tagesaktuellen, fast krampfhaften Babler-Glorifizierung sehr schnell: Da ist etwas drunter.

Es häufen sich die Gründe, gegen Marxismus Stellung zu beziehen. Nicht unbedingt, weil eine Revolution

geknüppelter Arbeiterheere nach Vorbild des 19. Jahrhunderts unmittelbar bevorsteht, sondern weil die Karte eben auf dem Tisch liegt: Parteivorsitzende, die sich als Marxisten titulieren, Wahlerfolge marxistischer Bewegungen, geforderte Bürgerräte zwecks Klimaretterung, beherzte Marxismus-Indoktrinierungscamps der Jungkommunisten und die allgegenwärtigen Auswirkungen der Frankfurter Schule auf die postmoderne Denk- und Lebensweise. Die Marxismus-Karte ist also im Spiel und muss analysiert werden. Aber keinesfalls isoliert: Diskutieren sollten wir nicht nur den Marxismus in seiner ökonomischen und philosophischen Erscheinungsform der Gegenwart, sondern generell die Gefahr entstehender Totalitarismen im 21. Jahrhundert.

Notgedrungen müssen Bürgerliche, für welche Rechts-

staat, demokratische Grund- und Freiheitsrechte sowie das Private heilig sind, jede Gelegenheit eines öffentlichen Diskurses über totalitäre Gefahren wahrnehmen. Die Gefahr von rechts ist real, sie liegt in unserer Geschichte, aber schlimmer noch, sie ist in der Natur des Menschen begründet. Aber das Schreckensgespenst von links ist genauso wirklich und wir Menschen sind für diese Versuchung gleichermaßen empfänglich.

Der sowjetische Dissident Igor R. Schafferewitsch hat in seinem Werk „Der Todestrieb in der Geschichte – Erscheinungsformen des Sozialismus“ meisterhaft herausgearbeitet, dass seit Menschengedenken jede Zeit ihre eigene konkrete Ausprägung des Sozialismus entwickelt hat. Seine Spielart im 19. und 20. Jahrhundert waren der Marxis-

mus und der Kommunismus. Doch ganz gleich in welcher Epoche, seine Grundprinzipien beziehungsweise Ziele waren laut Schafferewitsch immer die gleichen, nämlich die „Aufhebung des Privateigentums“, die Aufhebung der Familie, die Auflösung der Bindungen von Eltern und Kindern und ein extremer, rein materieller Wohlstand. Zumindest letzteres ist dem Sozialismus noch nie gelungen.

Doch anders als beim Faschismus kommt der linke Totalitarismus im Gewand humanistischer Utopien wie Gleichheit und umfassender Gerechtigkeit daher. Das war bei Marx nicht anders und die versprochene Utopie auf Erden schien die erlösende Antwort auf das Elend des 19. und 20. Jahrhunderts. Doch die Umsetzung der Utopie scheiterte und spätestens, seitdem im Namen des Mar-

xismus millionenfach Menschen versklavt und ermordet wurden, hat Karl Marx seine Unschuld verloren, von Lenin gar nicht zu reden.

Die mangelnde kritische Distanz einiger Politiker und, in Wien, städtisch unterstützter Vereine, lässt daher schaudern. Einige Vereine, die ihren Sitz im von der Stadt Wien geförderten Amerlinghaus haben, rufen zum Beispiel offen zur Zerschlagung staatlicher Strukturen auf, kämpfen für Etablierung einer Räte­demokratie, und streben die proletarische Revolution an. Die proletarische Revolution droht uns trotzdem nicht. Die entscheidende Frage ist vielmehr, in welchem Gewand der totalitäre Sozialismus heute auftritt? Haben wir das Sensorium, ihn rechtzeitig zu erkennen oder fallen wir wieder auf die ewiggleichen utopischen Versprechungen herein?

BEIM KONTEXTUIEREN AUF EINEM AUGE BLIND

Die fehlende Distanz linker Politiker und Medienschaffender zeigte sich auch bei der bürgerlichen Forderung einer Kontextualisierung kommunistischer und marxistischer Denkmäler in Wien. Das Ansinnen sei

28.–30. Juli	Make Feminism Great Again Das 1x1 des materialistischen Feminismus	Käse, Knödel, Kapitalismus Was Essen mit unserer Gesellschaft zu tun hat
4.–6. August	Fight the Power! Rassismus als Machtfrage	Auf den Spuren des Widerstands Partisan:innenwanderung in Kärnten
18.–20. August	Marxismus 101 Auf den Weg in eine befreite Gesellschaft	Käse, Knödel, Kapitalismus Was Essen mit unserer Gesellschaft zu tun hat
25.–27. August	Merry Crisis Der Kapitalismus und seine Krisen	They see me rollin' – They skatin' Skateseminar

jungelinke.at

Das größte linke Bildungsevent Österreichs

Ein bisschen skaten, etwas cooler Sound und jede Menge knallharte Indoktrinierung: Mit unzähligen Inseraten und Plakaten warb die Junge Linke (in der nichts anderes steckt als die KPÖ) heuer für ihre „Sommer School“, wo die menschenverachtende Ideologie des Marxismus als „Vision von einer besseren Welt“ wieder salonfähig gemacht werden soll.

„Cancelling“, lautete die Replik, die fast humoristisch wirkt angesichts der überlauten Rufe von linker Seite, das Lueger-Denkmal abzureißen, also zu canceln. Immerhin, so heißt es, sei Lueger Antisemit und damit ein Wegbereiter Hitlers gewesen. Diese Argumentation scheint jedoch bei Marx, dem geistigen Vorvater des Kommunismus, Leninismus, Maoismus und Stalinismus nicht zu greifen. Die geistige Urheber­schaft dieser Verbrechen wird mit dem Persilschein „Kapitalismuskritik“ vergessen und selbst die harmlose Forderung einer Kontextualisierung ist bereits ein Sakrileg.

Die geistige Vorvaterschaft eines Marx ist dabei jedenfalls auch in seiner philosophischen Dimension untersuchenswert. Wie bewusst leben SPÖ-Marxisten und Meinungsjournalisten in dem Zeitgeist der Postmoderne, geprägt von der Frankfurter Schule? Wird ihrerseits nicht unreflektiert

angenommen, was einstens erdacht und schrittweise umgesetzt wurde? Hecheln sie nicht der Dekonstruktion von Realität nach, ohne zu ahnen, welche Wurzeln diese Früchte hervorbrachten?

Wo die gefährliche Brücke zwischen den selbstdeklarierten SPÖ-Marxisten, marxistischen Stadtparteien, Bürgerräten zum Klimaschutz und der Postmoderne geschlagen werden könnte, kann vielleicht der Hanna Arendt zugeschriebene Satz beantworten: „Die größte Gefahr in der Moderne geht nicht von der Anziehungskraft nationalistischer und rassistischer Ideologien aus,

sondern von dem Verlust der Wirklichkeit. Wenn der Widerstand durch Wirklichkeit fehlt, dann wird prinzipiell alles möglich.“

Es geht um das Bekenntnis zu einer freien, demokratischen Gesellschaft, die Eigentum ermöglicht und in der die Familie und das Private geschützt sind. Und es geht um eine Warnung vor der Entstehung von Totalitarismen. Dies alles zu thematisieren ist einer bürgerlichen Partei geboten. Denn ja, bürgerliche Parteien dürfen und sollen weltanschaulich Stellung beziehen, auch wenn sie dies in der jüngsten Vergangenheit etwas vergessen haben.

Mag. Caroline Hungerländer

ist Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderat und Obmannstellvertreterin der ÖVP Wien. Hungerländer studierte Germanistik und absolvierte den Diplomlehrgang an der Diplomatischen Akademie.

Mag. Jan Ledóchowski (SO)

ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Beruflich ist er für die Familie & Beruf Management GmbH tätig. Seit 2020 ist er Ehrenmitglied der Sanctottensis Heiligenkreuz.

PLAGIATSJAGD – MIT KANONEN AUF SPATZEN?

Gute wissenschaftliche Praxis sollte ein Anliegen aller Hochschulangehörigen sein. Ob freilich „Plagiatsjäger“ einen adäquaten Beitrag leisten, bleibt fraglich. Dies jedenfalls, so lange sie ihre Tätigkeiten nicht am gesetzlichen Plagiatsbegriff orientieren.

STEFAN HUBER



N. Theiss – stock.adobe.com

Ob ein Plagiatsjäger, wie von ihm selbst vermeint, „zu schnell, zu sorgfältig und zu kreativ“ für Universitäten ist (*Academia* 4/2023), kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Dass er aber gelegentlich in der Anlegung von Plagiatskategorien zu überschießend und zu wenig am Gesetz orientiert ist, belegt die berufliche Praxis, in der der Autor immer wieder Opfer des Plagiatsjägers vertritt.

Das Universitätsgesetz definiert als Plagiat, wenn Texte, Inhalte oder Ideen übernommen und als eigene ausgegeben werden. Dies umfasst insbesondere die Aneignung und Verwendung von Textpassagen, Theorien, Hypothesen, Erkenntnissen oder Daten durch direkte, paraphrasierte oder übersetzte Übernahme ohne entsprechende Kenntlichmachung und Zitierung der Quelle. Aufgrund eines Plagiats ab-

zuerkennen ist ein akademischer Grad, wenn sich ergibt, dass dieser durch das Vortäuschen von wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistungen erschlichen worden ist.

Was folgt daraus? Zunächst einmal verbietet das Universitätsgesetz, fremde Gedanken als eigene auszugeben. Wenn also ein Gedanken in einer wissenschaftlichen Arbeit von einer anderen Person

stammt, ist dies auszuweisen. Über das „Wie“ schweigt das Gesetz. Gleichzeitig ist nicht jeder Verstoß gegen diese Regel auch ein ausreichend gravierender, um zu einer Entziehung eines akademischen Grades zu führen. Vielmehr geht es darum, dass mit Täuschungsabsicht gehandelt wird. Schließlich ist Voraussetzung, dass gerade durch dieses Vortäuschen auch überhaupt erst der Abschluss, das heißt die Beno-

tung der Abschlussarbeit, erlangt wurde.

Damit fallen aber eine ganze Reihe von „Problemfällen“ aus dem Plagiatsbegriff des Gesetzes heraus: „Ungenaueres“ Arbeiten (also zum Beispiel ungenaue Zitierweise, die gerade kein bewusstes Täuschen darstellen) oder auch vereinzelte Plagiate, die die Gesamtbeurteilung nicht beeinflussen, sind jedenfalls keine relevanten Plagiate.

Mit Plagiaten nichts zu tun haben auch qualitative Mängel in Arbeiten. Dies ist insbesondere wesentlich, weil allenfalls qualitativ mangelhafte Arbeiten, die einmal beurteilt wurden, gerade nicht die Aberkennung eines akademischen Grades rechtfertigen können. Dies ist nur bei Plagiaten möglich.

SEHR OFT KEINE PLAGIATE IM SINNE DES GESETZES

Wird ein akademischer Grad entzogen, kann das für die Betroffenen – abgesehen von Fragen der Reputation – erhebliche Folgen haben: Personen in Berufen, für die akademische Abschlüsse Voraussetzung sind (etwa im öffentlichen Dienst, aber auch in vielen freien Berufen wie beispielsweise Ärzte, Rechtsanwälte oder Architekten) können mit dem akademischen Grad auch ihre Berufsberechtigung (selbst nach jahrelanger, erfolgreicher Berufsausübung) verlieren.

Betrachtet man die im Gesetz niedergelegten Krite-

rien, wird auch klar, warum die Trefferquote mancher Plagiatsjäger so niedrig ist: Trotz medialer Vorverurteilung kommt es nur in Ausnahmefällen zur Aberkennung akademischer Grade, weil eben sehr häufig keine Plagiate im Sinne des Gesetzes (aber bestenfalls solche, die sich ein Plagiatsjäger selbst definiert hat) festgestellt werden. Was bleibt? Eine Person, die schlussendlich kein Plagiat zu verantworten hat, die ihren akademischen Grad behalten darf, deren Ruf aber, wenn sie in der Öffentlichkeit stand, nachhaltig ruiniert wurde. Ob es daher das Ziel vorgeblich akademischer Tätigkeit sein kann, Personen ohne rechtliche Grundlage zu beschädigen, muss jeder für sich selbst entscheiden.

Dass bei Abschlussarbeiten an heimischen Hochschulen einiges nicht so läuft, wie es laufen soll, ist freilich ebenso evident. Dies liegt einerseits – und hier ist dem Plagiatsjäger durchaus zuzustimmen – an der mangelhaften Vermittlung von Methodenkompetenz, andererseits aber auch an der unzulänglichen Betreuung der Arbeiten. Dass dies auch ein Ressourcenthema ist, liegt auf der Hand.

Personen, die gerichtlich strafbare Handlungen begehen, können nach einer bestimmten Zeit des Wohlverhaltens nicht mehr bestraft werden. Man spricht von Verjährung. In strafrechtlicher Hinsicht entspricht wohl der Betrug am ehesten



dem Plagiat. Für einen „einfachen“ Betrug beträgt die Verjährungsfrist gerade einmal ein Jahr. Zumindest für die – für manche Personen existenzbedrohende – Konsequenz der Aberkennung eines akademischen Grades wäre es in diesem Lichte nur tunlich, ebenfalls eine Verjährungsfrist – wobei ein Jahr in diesem Zusammenhang als wohl zu kurz bemessen erscheint – festzusetzen. Einerseits fällt es nicht immer leicht, akademische Standards zu einem längere Jahre zurückliegenden Zeitpunkt zu eruieren; anderer-

seits stehen häufig wichtige Beweismittel nach einem bestimmten Zeitraum (zum Beispiel, wenn der Betreuer verstorben ist) nicht mehr zur Verfügung.

Schließlich bleibt: Gute wissenschaftliche Praxis ist nicht zuletzt in Hinblick auf den Ruf des Wissenschafts- wie Wirtschaftsstandorts Österreich essentiell. So wie aber auch die Strafverfolgung in Österreich ohne private Hilfssheriffs auskommt, stellt sich die Frage, ob jeder Plagiatsjäger der Sache einen Dienst erweist.



MMag. Dr. Stefan Huber, LL.M. (Alln, Asc)

ist Rechtsanwalt und Partner der CERHA HEMPEL Rechtsanwälte GmbH.



MARTIN VÁCHA

AKADEMISCHE INTEGRITÄT ALS GESCHÄFTSMODELL?

Ja, die Lektüre des Interviews mit dem vermeintlichen Sherlock Holmes des universitären Schrifttums hat mich zornig gemacht. Nein, nicht weil ich Plagiate für vernachlässigbare Kavaliersdelikte halte. Ärgerlich sind vielmehr folgende Aspekte:

1. Während sich – gerade im Zusammenhang mit den Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz – unzählige akademische Organisationseinheiten abmühen, wirksame und vor allem flächendeckende Systeme der Plagiatsprävention und -erkennung zu implementieren, zupft Herr Weber ein paar wenige Fälle heraus. Selbstredend ist hier immer von Personen die Rede, die öffentliche Bekanntheit genießen.
2. Hauptschuldiger ist niemals die Person, die ihren akademischen Grad erschlichen hat, sondern jene Hochschule, wo das Plagiat übersehen wurde.
3. Um den medialen „Drive“ noch etwas zu erhöhen, werden auch Passagen, die schlampig gearbeitet wurden, als Plagiate ausgewiesen. Natürlich ist Schlampigkeit keine akademische Tugend – aber nicht jede Schlampigkeit ist ein Plagiat. Wer sein Auto fünf Minuten zu lange in der Kurzparkzone stehen lässt, hat auch kein Verbrechen begangen.
4. Weber gibt zu, dass seine Plagiatsjagd ein Geschäftsmodell ist. Und ein Business bedarf eben auch des Marketings und der Finanzierung. Dass er dabei auch kostenlos einzelne Arbeiten untersucht, mag schon sein. Aber welche Arbeiten sind das? Natürlich Arbeiten von Promis – und die halten das Geschäftsmodell selbst am Laufen.
5. Weber verschweigt, dass die Unis bei einem Plagiatsvorwurf verpflichtet sind, die Arbeiten zu überprüfen und externe Gutachter beizuziehen. Von wegen Unis, die sich nur selbst auf die Brust klopfen und jeden Vorwurf im Keim ersticken.

Vielleicht darf ich abschließend die Maßnahmen meiner Universität skizzieren, um die Weberschen Einschätzungen etwas zu relativieren: Selbstverständlich gibt es verpflichtende Einführungsverlesungen zu Methodik und Akademischer Integrität – auch in künstlerischen Studienrichtungen. Überdies werden Seminare für Lehrende angeboten, bei denen ich selbst bereits als Trainer mitwirken durfte. Sämtliche Masterarbeiten und Dissertationen werden durch technische Plagiatsprüfungen gejagt, für Bachelorarbeiten ist eine solche Vorgangsweise in Planung. Zusätzlich gibt es eine Schreibwerkstatt, die in Zusammenarbeit mit unserer Bibliothek angeboten wird. Bei schweren Plagiatsfällen wird der Student für eine gewisse Zeit gesperrt und muss im Anschluss eine neue Arbeit mit neuem Thema vor-

legen. Auch Aberkennungen akademischer Grade wurden bereits vorgenommen – ohne großes Tamtam.

Bei einer von mir betreuten Arbeit wurde einmal – dank technischer Prüfung – ein Plagiatsanteil von ca. 50% (sic!) festgestellt. Die Studentin hatte Textstellen aus hebräischer Sekundärliteratur übersetzt und de facto unverändert zitiert – aber als paraphrasiert ausgewiesen. Ich hätte diese Defizite – trotz sorgfältiger Prüfung und regelmäßiger Feedbackschleifen – nie bemerken können. Genau solche Fälle geben Leuten wie Weber Anlass, die Unfähigkeit von Universitätsmitarbeitern zu beklagen. Gott sei Dank konnte dieser Fall aber – als einer von vielen – mit technischer Unterstützung universitätsintern gelöst werden. Die Studentin hat längst ihre Sponson gefeiert – mit einer ordentlichen Masterarbeit unter ihrem Arm.

Ao.Univ.-Prof. Martin Vácha, Bakk.art. MA MA PhD (Alp)

lehrt Gesang und „Wissenschaftliche Praxis“ am Institut für Gesang und Musiktheater der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien.



GÜNTHER TENGEL

LEISTUNG UND WOHLSTAND IM „NEW WORK“? HÖCHSTE ZEIT FÜR EINEN UMDENKPROZESS!

Wolfgang Reizle – ein deutscher Topmanager – hat vor einigen Wochen in der „Welt“ gesagt: „In Jahrzehnten der Prosperität ist ein neues Leitbild entstanden. Sein Kern: anstrengungsloser Wohlstand und Abkehr von Leistungsgedanken.“ Ja, wir führen seit Jahren eine völlig falsche Debatte: Es geht nicht um 30 Stunden Arbeit oder Vier-Tage-Woche oder Homeoffice ja oder nein, es geht vor allem darum, den Transformationsprozess, den die neuen Technologien und der sich verändernde globale Wettbewerb bedingt, anzunehmen und diesen mit Mut und Offenheit, mit Bildungshunger und lebenslangem Lernen, mit Freude und Flexibilität zu gestalten. In dem Wertekompass, der uns erfolgreich gemacht hat. Mit Lust am Wettbewerb, mit gemeinsamer Leistung, nicht mit dem permanenten opportunistischen Ausspielen von Gruppen. Im Personalbereich geht es unter anderem um Folgendes:

DIE LUST AN DER ARBEIT IST VIELEN VERGANGEN

Leben wir, um zu arbeiten oder arbeiten wir, um zu leben? Was zu fehlen scheint, ist Lust an Leistung. Warum? Weil der persönliche Beitrag viel zu oft wenig zu erkennen ist. Gemeinsame Erfolge zu generieren und zu feiern erzeugt Bindung und Lust auf mehr!

DIE KÜNDIGUNGSWELLE IST HAUSGEMACHT

Die Britische Punk-Rock-Band „The Clash“ hat 1982 eine Single mit dem Titel „Should I stay or should I go“ aufgenommen. Immer mehr – bei uns immerhin schon jeder Fünfte – sagen, sie denken darüber nach, den Arbeitgeber zu wechseln. Anstatt den händeringend gesuchten Mitarbeitern alles und jedes zu versprechen, gilt es, dem wirklichen Problem auf den Grund zu gehen. Dies ist die Beziehung Arbeitgeber zu Arbeitnehmer.

LEBENSPHASEN WERDEN UNSER TUN BESTIMMEN

Wir werden nicht mehr unterscheiden zwischen Jugend, Ausbildung, Arbeit und Pension. Es wird in Zukunft sechs bis acht verschiedene Lebensphasen geben. Leben wird als Mehrphasenmodell gedacht werden. Der Umfang und der persönliche Beitrag werden sich an die jeweilige Lebensphase anpassen. Das ist nicht immer planbar.

TEAMAPPROACH ERSETZT STELLENPROFILE

Die Stellenprofile, wie wir sie heute kennen, werden immer mehr verschwinden. Sie werden immer enger, ähnlicher und perfekter – die berühmte eierlegende Wollmilchsau. Je mehr der Arbeitsmarkt leergefegt ist, desto sinnloser gestalten sich viele Suchen. Und das Suchen selbst ist unlogisch. Die Arbeit wird meist von Teams erledigt. Es wird in Zukunft also um die bestmögliche Zusammenstellung

von Teams gehen. Führungskräfte werden Teamleader und Coaches sein.

Wir befinden uns in einem Umdenkprozess. Wie wir leben, wie wir arbeiten, wo wir produktiv sind – und wo nicht – wird neu geordnet. Voraussetzung dafür ist aber ein Mindestmaß an Vorstellung über die gemeinsame Zukunft. Wertschätzung, Offenheit und gemeinsame Ziele – sind das wirklich Randthemen? Geben wir Randgruppen nicht mehr Bedeutung als sie haben und fördern und entwickeln wir (wieder) mehr gemeinsam! Der CFO fragt den CEO: „Was passiert, wenn wir unsere Mitarbeiter entwickeln und dann gehen diese?“ Darauf der CEO: „Was, wenn wir es nicht tun und sie bleiben?“

Mag. Günther Tengel (Ne, Merc)

ist Senior Advisor der Amrop GmbH. Mit 40 Jahren Erfahrung berät er Unternehmen in ihrer strategischen Ausrichtung und bei Personalthemen.

ÖSTERREICHS WEG IN DEN AUTORITÄREN „STÄNDESTAAT“

WAS VOR NEUNZIG JAHREN GESCHAH

GERHARD HARTMANN



Die Festmesse des Katholikentags 1933 mit beeindruckender Chargiertenfront. An dem Gottesdienst vor dem Schloss Schönbrunn nahmen über 200.000 Gläubige teil.

Wir haben uns bereits Ereignisse des Jahres 1933 in Erinnerung gerufen: zum einen die sogenannte „Selbstausschaltung“ des Nationalrats, mit der der Weg

in die Diktatur begann (*Academia 1/2023*), zum anderen als Konsequenz der Entwicklung in Deutschland die „Abschaltung“ des Dritten ÖCV (*Heft 2/2023*). Nun wollen

wir sehen, wie es vor neunzig Jahren weiterging.

Eines der auslösenden Momente für die „Abschaltung“ war der Ausschluss von Bun-

deskanzler Engelbert Dollfuß (F-B) aus dem CV, der im österreichischen CV Empörung ausgelöst hatte. Das führte zu einer Solidarisierung mit ihm und zu zahlreichen

Bandverleihungen – aber nicht von allen Verbindungen. Das hatte aber nichts mit einer Kritik oder Ablehnung seiner Person zu tun, sondern mit dem Umstand, dass in dem verbleibenden einem Jahr bis zu seinem Tod nicht genügend Zeit vorhanden war, um die Bandverleihung aller Verbindungen zu organisieren.

EIN SEPTEMBER MIT HOHER ÖFFENTLICHKEITSWIRKUNG

Das zweite Halbjahr 1933 war von sukzessiven Maßnahmen für einen Weg in den autoritären Staat beziehungsweise in die Kanzlerdiktatur geprägt. Dazu gehörte auch die außenpolitische Anlehnung Österreichs an Italien. Bekannt ist das Bild aus dem August 1933 vom Strand in Riccione, das Benito Mussolini in Badehose und Dollfuß mit Hemd und Krawatte zeigt. Bei dieser Gelegenheit sah Dollfuß zum letzten Mal das Meer. (Zum ersten Mal sah er es 1915, als er in den Süden der Isonzo-Front verlegt wurde.) Mussolini hatte ihn damals zu einem entschiedeneren Vorgehen gegen die Sozialdemokratie gedrängt.

Zwei wichtige Ereignisse fanden im September 1933 in Wien statt. Das war zum einen der Allgemeine Deutsche Katholikentag um den 12. September, dem Fest Mariä Namen. Bei diesem wurde auch an die erfolgreiche Befreiung Wiens von den Türken vor 250 Jahren (1683) erinnert. Dieser Katholikentag sollte auch einer aller Deutschen sein. Geplant und beschlossen wurde er bereits vor der Machtübernahme Hitlers. Durch die von ihm im Juni verhängte 1000-Mark-Sperre für Reisen von Deutschland nach Österreich wurde jedoch diesem Plan ein Strich durch die Rechnung gemacht. Anreisen konnten dann lediglich sogenannte „Volksdeutsche“ aus den Nachfolgestaaten der Monarchie.

Heutzutage würde eine allzu betonte „Türkenbefreiungsfeier“ die Hüter der „politischen Korrektheit“ auf den Plan rufen. Damals störte das zumindest den türkischen Gesandten in Wien nicht, der an den Feierlichkeiten teilnahm. Der damals schon sehr bekannte Architekt Clemens Holzmeister (Nc) war Präsident des Katholikentags. Er

hatte bereits wichtige Repräsentationsbauten in Ankara errichtet, etwa das türkische Parlament, das noch heute in Gebrauch ist, und andere Regierungsbauten. Nach dem Anschluss im März 1938 lebte und lehrte er in Istanbul. Auf jeden Fall war dieser Katholikentag ein glanzvolles Ereignis, auf dem sich auch der ÖCV präsentieren konnte und der an den Eucharistischen Weltkongress von 1912 erinnerte.

Zum anderen war es die Trabrennplatzrede von Engelbert Dollfuß am 11. September im Rahmen eines Generalappells der Vaterländischen Front, wobei das Medienereignis Katholikentag ausgenützt wurde, aber mit ihm nichts zu tun hatte. In dieser Rede ließ Dollfuß hinsichtlich seiner Pläne für die Umgestaltung Österreichs „die Katze aus dem Sack“: „Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich, auf ständischer Grundlage unter starker autoritärer Führung.“ Es ging also nicht mehr um eine Reform der bestehenden Bundesverfassung, sondern um einen einschneidenden Staatsumbau. Die Vaterländische Front wurde am 20.



Kanzler Dollfuß bei seiner Rede am Trabrennplatz.

Mai 1933 als überparteiliche Sammlungsbewegung gegründet. Sie war dann eine Stütze des „Ständestaats“, reichte aber in ihrer Bedeutung und Mobilisierung sowie in der Organisation bei weitem nicht an die faschistische Partei Italiens oder an die NSDAP heran.

DIE CHRISTLICH-SOZIALE PARTEI WIRD LIQUIDIERT

Nachdem man Dollfuß auf einem christlichsozialen Parteitag Mitte 1933 entgegen seinen Erwartungen nicht die Obmannschaft angetragen hatte, verstärkte sich der Druck auf die Partei. Am 21. September kam es zu einer Regierungsumbildung, bei der unter anderem der bisherige langjährige Bundes-

GC-ÖCV
bringt **SCHWUNG**
ins Leben



Details zu diesen Veranstaltungen und Infos zum gesamten Jahresprogramm findest Du unter www.gcoecv.at.

Anmeldungen unter office@gcoecv.at.

Golfmeisterschaften ÖCV MKV und VCS



30. September 2023 GC Fontana, Oberwaltersdorf

Meister ÖCV, MKV und Meisterin VCS Brutto
Verbindungswertungen (2 beste Netto-Ergebnisse je Verbindung)
AH² und Gäste € 110,- Aktive bis 27 J € 50,-
Mitglieder GC ÖCV € 80,- Aktive Mitglieder im GCÖCV (bis 27) Gratis
Nähere Infos und Ausschreibungsdetails: office@gcoecv.at www.gcoecv.at

minister für das Heerwesen Carl Vaugoin (Rd EM) aus-
 schied. Dieser war seit Mai 1930 als Nachfolger von Ignaz
 Seipel (Nc EM) Obmann der
 Christlichsozialen Partei und
 stand als solcher den Plänen
 von Dollfuß im Wege. Bei
 der Suche nach einem Nach-
 folger favorisierten Vaugoin
 und sein Stellvertreter Leo-
 pold Kunschak (Nc EM) den
 Obmann der Wiener Christ-
 lichsozialen Robert Krasser
 (Nc EM), der eine der führen-
 den Persönlichkeiten im ÖCV
 war. Von Dollfuß stammte
 dazu der Ausspruch „Ihr
 wünscht einen Reformator,
 ich brauche einen Liquidator.“
 Zu diesem wurde schließlich
 der ehemalige Unterrichts-
 minister Emmerich Czermak
 (NdW) gewählt.

Vermehrt verübten illegale
 Nazis Terroranschläge. Am
 3. Oktober 1933 gab es ein
 Revolverattentat auf Doll-
 fuß, der dabei verletzt wurde
 und ins Krankenhaus musste.
 Aufgrund dieses sowie wei-
 terer nationalsozialistischer
 Anschläge verhängte die



Regierung am 10. November
 1933 gem. § 430 der dama-
 ligen Strafprozeßordnung
 (StPO) das Standrecht. Da-
 nach konnte die Todesstra-
 fe verhängt werden, die seit
 1919 in Österreich im ordent-
 lichen Verfahren abgeschafft
 war. Das Standrecht konnte
 nach Vorliegen bestimmter
 Voraussetzungen vom Innen-
 minister im Einvernehmen
 mit dem Justizminister ver-
 hängt werden. Damals war
 Bundeskanzler Engelbert
 Dollfuß gleichzeitig auch In-
 nenminister, Justizminister
 war der spätere Bundeskanz-
 ler Kurt Schuschnigg (AIn).

Aus der Warte heutiger
 rechtsstaatlicher Standards
 mag der Modus der Ver-
 hängung des Standrechts
 mittels einer einfachen Ver-
 ordnung als sonderbar be-
 wertet werden. Aber damals
 war das geltendes Recht und
 hatte nichts mit einem sich
 abzeichnenden autoritären
 Staat zu tun. Auch die da-
 mals noch existierende So-
 zialdemokratie hatte keine
 Einwände gegen diese Maß-
 nahme, die sich gegen die
 Nationalsozialisten richtete.

ROM STELLT SICH NICHT GEGEN DEN AUTORITÄREN KURS

Inzwischen stellten sich bei
 Bundespräsident Wilhelm
 Miklas (AW EM) Gewissens-
 nöte hinsichtlich der innen-
 politischen Entwicklung
 Österreichs ein. Unter Um-
 gehung des Wiener Nuntius
 richtete er im Oktober 1933
 eine briefliche Anfrage an
 Papst Pius XI., wobei der
 Wiener Erzbischof Theodor



*Bandverleihung seitens der K.a.V. Danubia an Bundeskanzler Dollfuß
 und den damaligen Landesverteidigungsminister Alois Schönburg-Har-
 tenstein, ehemals k. u. k. Generaloberst.*

Kardinal Innitzer (NdW) als
 Bote fungierte. Der Papst
 antwortete Miklas am 29.
 Dezember, wobei er sich des
 Rates des damaligen Kardi-
 nalstaatssekretärs Eugenio
 Pacelli (Tfs EM), des späteren
 Papstes Pius XII., bediente:
 „Die Änderungen, die man
 an der Verfassung vorzuneh-
 men im Begriffe steht, die-
 nen aber offensichtlich dem
 höheren Wohle des Landes.
 [...] Der Heilige Vater ist aber
 der Meinung, daß es im vor-
 liegenden Falle einfachhin
 gegen die *salus populi* versto-
 ßen würde, wollte man nicht
 zu jenen Reformen greifen,
 welche die augenblickliche
 ernste und schwere Lage er-
 heischt.“

Auf den ersten Blick gewinnt
 man den Eindruck, Rom wür-
 de den antidemokratischen
 Kurs in Österreich billigen.
 Das wäre aber aus heutiger
 Sicht beurteilt. Denn man
 darf nicht vergessen, dass
 zum einen die Mehrheit der

damaligen Staaten in Europa
 keine „lupenreinen“ Demo-
 kratien waren und dass zum
 anderen dem Heiligen Stuhl
 die eminenten Gefahren des
 Nationalsozialismus bewusst
 waren. Die Kopie des Ant-
 wortschreibens wurde 2003
 anlässlich der Öffnung der
 vatikanischen Archive für
 die Zeit Pius XI, gefunden
 und trug den Vermerk „nach
 Gebrauch zu vernichten“.
 Daher gibt es den Original-
 brief in Österreich nicht.

Das Jahr 1933 endete um den
 8. Dezember mit der ersten
 Cartellversammlung des
 ÖCV in Wien. Auf dieser
 wurden die Cartellordnung
 beschlossen und personelle
 Weichen gestellt. Zum Vor-
 sitzenden des ÖCV-Beirates
 und der Verbandsführung
 wurde der bereits erwähnt-
 te Robert Krasser gewählt.
 Knapp einen Monat danach
 begann das für die Geschich-
 te Österreichs entscheidende
 Jahr 1934.



Univ.-Doz. Dr. Gerhard Hartmann (Baj et mult.)

*ist studierter Theologe und ÖCV-Historiker. Er lebt und
 arbeitet in Nordrhein-Westfalen.*

REZENSIONEN

EIN NEUER BLICK AUF DEN STEPHANSDOM Herbert Kaspar (Am)

Der erstaunlich unermüdete Peter Diem (Rd) überrascht mit einem Buch über den Stephansdom. Was auf den ersten Blick wenig originell erscheint – denn Bücher über die Hauptkirche Wiens gibt es wohl in genügender Zahl – erweist sich als höchst gelungenes Projekt, denn kein Werk bisher hat sich ein so ein spezielles Thema vorgenommen: die reichhaltige weltliche und politische Symbolik, die in St. Stephan – oft verborgen – enthalten ist. Diem verweist zu Recht darauf, dass der Dom ja nicht nur das Zentrum des katholischen Glaubens und ein Juwel der Kunstgeschichte ist, sondern als Symbol für die Einheit und Identität Österreichs auch ein historisches Denkmal ersten Ranges der weltlichen Geschichte der Stadt darstellt.

Anerkennend verweist in seinem Vorwort der Archivar der Wiener Dombauhütte, Franz Zehetner (Rd) auf die „Vielzahl der weltlichen Denkmäler im Dom“, die Diem „akribisch, sehr umsichtig und informativ“ gesammelt hat und dem stauenden Leser präsentiert.

Es ist eine wahre Freude, in diesem Band zu blättern und auch Stephansdom-Kenner werden in diesem Werk auf über 170 Seiten neue Details, Aspekte und Zusammenhänge entdecken. Peter Diem hat also mit seiner peniblen Recherchierarbeit keinen weiteren Domführer geschaffen, sondern ein ganz spezielles Werk, das dem Leser vor allem auch durch seine überreiche Bebilderung das „Herz der Stadt“ näher bringt.

Ein zusätzlicher Bonus ist ein Essay von Ernst Bruckmüller (Nc) über die wechselvolle Geschichte des „Gedächtnisortes St. Stephan“. Der Historiker spannt den Bogen bis zum Dombrand 1945, der „eine überaus starke Identifikation der Wiener und der gesamten österreichischen Bevölkerung mobilisierte – damals erhielt der Dom



Peter Diem
Der Stephansdom
Die weltliche und politische Symbolik
Mit einem Essay von Ernst Bruckmüller
plattform
HISTORIA

seine gesamtösterreichische Symbolfunktion“.

Peter Diem:
Der Stephansdom
ISBN 978-3-950533-21-7
plattform Verlag

FRIEDENSWEGE ZWISCHEN ALPEN UND ADRIA Gregor Gatscher-Riedl (NbW)

Kaum eine Region Europas vereint auf derartig kleiner Fläche eine auch nur ähnliche Vielfalt an Landschaftsformen wie das Gebiet der ehemaligen gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska. Hochgebirge und tief eingeschnittene Flusstäler wie jenes des Isonzo (Soča), die sanften, weinbestandenen Hügel um Görz (Gorizia/Nova Gorica), das Karstplateau im Osten und die Lagune von Grado zeigen die Kontraste zwischen alpiner und mediterraner Landschaft wie durch eine Lupe vergrößert.

Man wird in Europa auch nur wenige Gegenden finden, in der die Konflikte der jüngeren und etwas fernerer Vergangenheit derartig spür- und sichtbar sind. Zwischen 1915 und 1918 haben mehr als eine Million Menschen hier ihr Leben verloren und der türkis-schimmernde Fluss-

lauf des Isonzo einem ganzen Dutzend von blutrünstigen Schlachten zwischen Österreichern und Italienern seinen unschuldigen Namen geliehen.

Das Autorenpaar Ruth und Peter Schubert, jene Juristin, dieser Historiker und Träger des „Ludwig Jedlicka Preises für Zeitgeschichte“, machen sich in diesem Band auf die Spuren der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ in diesem Raum zwischen Berg und Meer. Sie wandern aber nicht auf den ausgetretenen Pfaden der nationalen Erzählungen, wie sie etwa am monumentalen Soldatenfriedhof in Redipuglia oder dem bierlaunig-einschlägigen Liedgut auf Exkneipen studentischer Korporationen transportiert werden. Ihr Wegenetz folgt



den „Friedenswegen“ durch die ehemaligen Schlachtfelder und Hochgebirgsstellungen, die seit rund einem halben Jahrhundert versuchen, das unfassbar Absurde etwa der „Guerra bianca“, des Kampfes im ewigen Eis, ein-

zuordnen und verständlich zu machen.

Es ist dies ein Reisebegleiter des Respekts, der entlang der alten Linien der „Südwestfront“ durch die heutigen Staaten Österreich, Italien

und Slowenien Wege weist und damit mithelfen möchte, den Blick für eine friedliche Nachbarschaft zu schärfen und auf die Notwendigkeit eines konfliktfreien Mit- oder zumindest Nebeneinander hinzuweisen, die im Europa

des Jahres 2023 allerdings nicht überall gewährleistet ist.

Peter u. Ruth Schubert
Auf Friedenswegen – Spurensuche des Krieges 1915–1918, Teil 1
ISBN: 978-3991031246
Kral-Verlag 2023

LESERBRIEFE

ACADEMIA 4/2023: INTERVIEW MIT STEFAN WEBER

Das Heft 2023–4 der *Academia* firmiert unter der Titelzeile „Abschreiben, Durchschummeln, Augenzwinkern“ und bringt als ersten Artikel ein ausführliches Interview mit dem „Plagiatsjäger“ Stefan Weber. Herrn Weber wird darin breiter Raum für Anschuldigungen gegen die österreichischen Universitäten gegeben. Hier sollte es – gerade für eine Zeitschrift, die sich *Academia* nennt – nach der Devise „audiatur et altera pars“ selbstverständlich sein, auch eine Stellungnahme der Angegriffenen einzuholen. Rektorate oder Cartell-/Bundesbrüder in leitenden Positionen an Universitäten hätten im Sinne einer objektiven Berichterstattung mit diesen Aussagen konfrontiert werden müssen. Denn dass es an österreichischen Universitäten keine suffizienten Maßnahmen gegen wissenschaftliches Fehlverhalten gibt, ist schlichtweg falsch. Ebenso stellt die Ableitung eines allumfassenden Problems aus einzelnen Vorfällen eine nicht vertretbare

Simplifizierung dar. Die unreflektierte Diffamierung von Leitungspersonlichkeiten an österreichischen Universitäten hinsichtlich Inkompetenz erreicht schließlich eine bemerkenswerte Qualität der Geschmacklosigkeit.

Dass dieser Artikel kommentarlos publiziert wurde, stellt kein Ruhmesblatt für die *Academia* dar! Als Vertreter des Wiener Universitätszirkels plädieren wir für einen adäquaten Diskurs der Thematik unter genereller Einbindung von Aspekten der Wissenschaftsethik, um eine dem Verband würdige und konstruktive Ebene der Diskussion (wieder) zu erlangen.

Marko Mihovilovic (Rt-D) und Wolfgang Weninger (BbW), Vorstandsteam Wiener Universitätszirkel

Herbert Danninger (Nc), Amtsträger für Hochschulpolitik

Herzlichen Dank für das Aufgreifen dieser Thematik.

Das Hauptproblem bei den Plagiaten sind gar nicht die entweder schlampigen oder vorsätzlich betrügerischen

Studenten, sondern die jedenfalls schlampigen Betreuer der Dissertationen (und auch jene Betreuer schon von Bacc-, Master- und Diplomarbeiten, wo ebenfalls viel plagiiert wird).

Ich bin durchaus d'accord, dass man plagierte Dissertationen behebt und die Dokortitel aberkennt, aber es muss genauso den Betreuern die Bestellung zum Univ.-Prof. oder Dozenten aberkannt werden und zwar auch schon beim ersten Mal. Weder Schlamperei noch Vorsatz dürfen hier toleriert werden. Bei deutlich strengeren Kontrollen und damit verbundenen härteren Konsequenzen für „beide Teile“ einer Dissertation gibt es dann natürlich weniger Dissertationen, was niemanden stören wird (Sogennante „Sozialdissertationen“ sollten längst ausgedient haben?), dafür qualitativ bessere mit mehr Image für die jeweilige Universität und die Dissertanten. Ergänzend dürften Doktorate aus dem Ausland nur nach einem umfangreichen Prüfverfahren in Österreich anerkannt

und damit auch die Titelführung berechtigt werden. Oder in der EU herrschen überall die gleichen strengen Prüfverfahren und Konsequenzen für Fehlverhalten – was derzeit bei weitem nicht der Fall ist. Die vielen „Billig-Dissertationen“ aus dem anglo-amerikanischen Bereich, die nur dazu dienen, irgendwelche Rankings anzuführen, wollen wir hier nicht behandeln.

Damit unsere heißgeliebten Politiker nicht auf Dokortitel verzichten müssen, würde ich (sarkastisch) vorschlagen, dass jeder Österreicher nach 30 Jahren vollständiger Bezahlung der Rundfunk- und Fernsehgebühren den Titel Dr. rer. ORF verliehen bekommt.

Stefan Lueglinger (CI)

ACADEMIA 4/2023: „ENTFERNEN STATT KIPPEN“

Zum Beitrag über das „Denkmal“ vom Revolutionär Guevara im Wiener Donaupark möchte ich auf folgende Tatsache hinweisen: Wien

gedenkt nicht nur Che Guevara im Donaupark, nein sogar an den blutrünstigen Tyrannen Josef Stalin wird erinnert.

Anlässlich seines 70. Geburtstages wurde am 21.12.1949 in Wien-Meidling in der Schönbrunner Schloßstraße 30 ein Denkmal angebracht, das daran erinnern soll, dass dieser Despot in diesem Hause das „bedeutende“ Werk „Marxismus und nationale Frage“ verfasste.

Kurios: Diese Erinnerung an den sowjetischen Diktator ist eine der wenigen Stalin-Gedenkstätten westlich des Eisernen Vorhangs und spätestens seit dem Zusammenbruch des Sozialismus eine der letzten Gedenkstätten für ihn in Europa. Selbst die Bitte Nikita Chruschtschows, diese Gedenktafel zu entfernen, blieb unerfüllt. Der nächste sowjetische Politiker, der sich in dieser Angelegenheit an die Stadt Wien wandte, war 1991 der damalige Außenminister Eduard Schewardnadse in einem Brief an SPÖ- Bürgermeister Leopold Gratz.

Erhalten wird die Gedenktafel von der Gemeinde Wien. Eine Entfernung dieser Gedenkstätte wird unter Berufung auf den Österreichischen Staatsvertrag, der die Republik zur Erhaltung und Pflege der sowjetischen

Denkmäler verpflichtet (Artikel 19), abgelehnt. Laut Außenministerium sowie den Verfassungsexperten Theo Öhlinger und Bernd-Christian Funk fällt die Gedenktafel nicht unter die durch den Staatsvertrag normierten Obliegenheiten.

Franz Luger (NbW)

ACADEMIA 3/2023 „KÖPFCHEN STATT KLEBSTOFF“

Die *Academia* bleibt treu bei ihren Lieblingsthemen. Eines davon ist der schwer zu verstehende Kampf gegen jegliche Klima- und Umweltpolitik. Das einzige, was sich dabei geändert hat, ist die Argumentation. War es vor einigen Jahren noch schlicht das Leugnen des bereits stattfindenden Klimawandels oder zumindest Abstreiten, dass er menschengemacht ist. Noch 2012 war ein Heft (Februar) dem angeblichen „Klimaschwindel“ (sic!) gewidmet. Diese unsinnige Behauptung ist dann immer wieder in einzelnen Kommentaren vorgekommen. Jetzt, wo der Klimawandel immer greifbarer wird, ist dieses Märchen nicht mehr brauchbar und die Industrie der Fossilenergie musste eine neue Bremse finden.

Das ist nun die Erzählung, wir könnten mit technischen

Mitteln – die wir halt erst erfinden und entwickeln müssen – alle Schäden von der Erderwärmung über das Massenaussterben bis zum Raubbau an allen Rohstoffen, wieder gut machen. Nein, das ist Unsinn, nichts werden die Generationen nach uns wieder in Ordnung bringen können, wenn einmal die Klimakippunkte überschritten sind, wenn unzählige Insekten ausgestorben sind, wenn die Erzlagerstätten leer sind!

Daher habe ich kein Verständnis, dass die *Academia* auf diesen für unsere Nachkommen so gefährlichen Unsinn aufspringt. Thomas Gernbauer (Se) beschreibt die vielen schon vorhandenen Möglichkeiten für eine bessere Energiepolitik. Das umzusetzen – und zwar jetzt – ist es, was unsere große und wichtige Organisation fordern sollte und nicht gegen jene zu polemisieren, die für eine vernünftige Klimapolitik demonstrieren.

Im Heft 4 wird dann noch etwas daraufgesetzt, im Artikel von Günther Ofner (Walth): Unverantwortliche Verbreitung von realitätsfremden Hoffnungen auf wundersame technische Lösungen.

Balder Ortner (BbW)

ACADEMIA 3/2023: „ES IST NICHT NUR EUER BIER“

Der Kritik des Chefredakteurs an der Vorsitzenden der SPÖ-Wahlkommission stimme ich voll zu. Diese

Funktion gleicht der einer unabhängigen und unparteiischen RichterIn – jeder Anschein einer Befangenheit zu vermeiden. Auch wenn nach Ansicht der WKStA kein Anfangsverdacht für eine etwaige strafrechtlichen Verantwortung besteht, bleibt Frage der politischen Verantwortung. Gibt es hier eine „Beißhemmung“ von Journalistinnen gegenüber einer Geschlechtsgenossin? Wenn ihr „Haberer“ – diesen Ausdruck verwendete besagte Kommissionsleiterin – ganz enger Vertrauter des einen Kandidaten bei der Stichwahl ist, darf eben besagte Dame nicht oberste „RichterIn“ des Wahlvorgangs sein. Das sollte ihr minimaler politischer Hausverstand sagen. Für diese klar ignorierte Anscheinsbefangenheit und das Chaos bei der Stimmenauszählung müsste sie aus politischer Verantwortung ihr Landtagsmandat zurücklegen. Wäre einem Mann dieser Lapsus passiert, würde es in den Medien – zu Recht – Rücktrittsaufforderungen hageln. Junge Frauen in der Politik sind keine „armen Hascherln“, bei denen man (Mann) ein Auge zudrücken soll. Wir erwarten von allen Politikerinnen, Aufsichtsrätinnen, Uni-Professorinnen höchste Professionalität – deshalb weg mit Geschlechter-Quoten, Reißverschlussregelungen und ähnlichem. Es gilt das olympische Motto: Möge der/die Beste gewinnen.

Erich Pitak (Merc)

BILDQUELLENVERZEICHNIS:

S. 17: Otto Wagner Postsparkasse Hauptfront / Thomas Ledl – Eigenes Werk / wikipedia.org / CC BY-SA 4.0

gemeinsam besser leben

